

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Grabenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt für die empfangene Zeitschrift oder deren Raum 25 Pfennige, für Briefe und Veranlassungsbüchlein 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werkfähige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 33.

Donnerstag, den 9. Februar 1905.

10. Jahrgang.

Die bewilligte Kanalvorlage.

Aus Berlin wird uns gemeldet: „Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die Kanalvorlage in zweiter Lesung angenommen und heute bereits soll die dritte Lesung stattfinden. Der grundlegende § 1, der die einzelnen Kanalbauten enthält, wurde in namentlicher Abstimmung mit der überraschend großen Mehrheit von 256 gegen 132 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Die Details sollen nicht viel Bemerkenswertes, eigentlich wurde fortwährend abgestimmt, auch die übrigen Bestimmungen der Vorlage, sowie die Resolutionen der Kommission mit ihren Forderungen auf weitere Flusskanalisierungen und Kompensationswünsche wurden angenommen. Herr Geyling und seine Freunde hatten die Freude, auch ihre Resolution auf Bau des masurischen Kanals angenommen zu sehen. Freilich war die Mehrheit sehr knapp. Erwähnenswert aus der Diskussion war die Verteilung des Dr. Hahn durch den konfessionellen Abg. v. Oldenburg, der dem Minister v. Rheinbaben Vorwürfe machte, daß er Herrn Hahn gegenüber den guten Ton verlegt und auf Kosten des Herrn Hahn Heiterkeit bei der Linken verursacht habe. Interessant war auch am Schluß eine Debatte über einen Ramsch-Antrag des Zentrums, in dem allerlei kostspielige Kompensationen für die vom Kanal nicht bereits begünstigten Landesteile, vor allem aber Liebesgaben für die Landwirtschaft gefordert werden. Die Debatte ergab die Unzulässigkeit des Antrages wegen entgegenstehender Bestimmungen der Geschäftsordnung. Der Antrag wurde schließlich zurückgezogen.“

Die Annahme der Vorlage ermächtigt die Regierung, für Kanalbauten und Meliorationen 334,575,000 Mk. zu verwenden, und zwar für Herstellung eines Schiffsfahrkanals vom Rhein zur Weser einschließlich Kanalisierung der Lippe und Nebenanlagen 250,750,000 Mk., für Herstellung eines Großschiffsfahrkanals Berlin-Stettin 43,000,000, für Verbesserung der Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel sowie der Warthe von der Mündung der „Siege“ bis Posen 21,175,000 Mk., für die Kanalisierung der Oder von der Mündung der Glaser Neße bis Breslau sowie für Versuchsbauten auf der Strecke von Breslau bis Fürstberg a. O. und für Anlage eines oder mehrerer Staubecken 19,650,000 Mark. Die Annahme der ganzen Vorlage scheint auch in der 3. Lesung gesichert, selbst wenn eine Anzahl derer, die dem § 1 zugestimmt haben, in der Gesamtabstimmung infolge der Bestimmungen über das Schlepptomopol und die Erhebung von Schiffsabgaben gegen den Entwurf stimmen sollten. Von einem Siegel der Regierung über die Kanal-Neubauten kann natürlich nicht die Rede sein, da das wichtigste Stück der ersten Vorlage: der Mittellandkanal, in dieser Vorlage nicht enthalten ist.

Reichstag und Reichstagspräsident.

Der Reichstag beriet am Dienstag die Zentrumsinterpellation Trimborn betr. die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für erwachsene Fabrikarbeiter. Wir betonen: für Fabrikarbeiter! Die Heimarbeiter, landwirtschaftlichen Arbeiter, Handwerksgehilfen mit dem zehnstündigen Tag zu beehren, hält das Zentrum augenscheinlich nicht für geboten. Daß es der ausschlaggebenden Partei nicht allzu ernst mit ihrer Sozialpolitik ist, ergibt sich schon aus der gewählten Form einer Interpellation; statt des selbständigen Antrages eine beschreibende Anfrage.

Herr Trimborn begründete die Interpellation — mit gutem Material, nur daß dieses Material gegen seinen Antrag und gegen die Beschränkung des Maximalarbeitstages auf die Fabrikarbeiter sprach. Herr Trimborn mußte selbst eingestehen, daß der zehnstündige Tag für viele Industrien direkt einen Rückschritt bedeuten würde, und Genosse Fischer, der nachher das Wort ergriff, wies nach, daß in der kapitalistischen Gesellschaft nur sehr mächtige Gewerkschaften verhindern können, daß der Maximal- zum Minimalarbeitsstag, der Minimallohn zum Normallohn wird.

Die Antwort, die Graf Posadowsky den Interpellanten gab, war bezeichnend für das Schmeichelempfinden deutscher Sozialpolitik: vor Erhebungen im Innern und Verhandlungen nach Außen ist an den Maximalarbeitsstag — an den allgemeinen und an den für Frauen — nicht zu denken.

Scharf geißelte Genosse Fischer diese sozialpolitische Rückständigkeit der Regierung und vergaß dabei auch nicht, dem Zentrum die herrschende Macht der Arbeiterfreundlichkeit vom ultramontanen Antlitz zu reißen. Graf Posadowsky antwortete mit einem verlegenen Hinweis auf die Angriffe, die er in der Scharfmacherpresse erfahre.

Es sprachen alsdann noch der Nationalliberal Lehmann-Jena, der die äbelstehenden Ueberreste altmannsdorfer Regien mit scharfmacherischer Sauce herrichtete, der konservative Regierungsrat Schicht, der vergebens die sozialpolitische Rückständigkeit des nationalliberalen Fabrikanten zu überbieten suchte, der Völkereulerst, der ein weit höheres Maß sozialpolitischer Einsicht verriet, der Christlich-Soziale Burthardt, Dr. Pachnick, der mit wohlgefälligen Blicken auf keine wohlgelegenen Hände sich in wohlgelegenen und nicht immer unzutreffenden Betrachtungen erging, sowie schließlich der Zentrumsmann Czajberger, mit der unerschütterlich freisinnigen Stimme, der schon während Fischers Rede wahre Lärmstücken aufgeführt hatte.

Herausgenommen aber ist bei der ganzen Beratung nichts weiter als die neue Bestätigung dafür, daß die Arbeiter von der Regierung und den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben.

Die russische Bewegung.

Noch ein Abgeschobener?

Auch Witte scheint dem augenblicklichen Regiment in Rußland nicht schneidig genug zu sein, wenigstens meldet die „Schlesische Zeitung“ aus Petersburg, daß dort aus sicherster Quelle verlautet, daß der ehemalige russische Finanzminister und jetzige Präsident des Ministerrates S. J. Witte

fürzlich in Ungnade gefallen ist und daher seinen Abschied eingereicht hat.

Es wühlt wieder einmal ungeheuer in Wäterschens Umgebungen, wer weiß, was dabei noch hinterdrein stürzt.

Revolutionärer Adel.

Von der Petersburger Adelsversammlung wurde beschlossen, eine Adresse an den Kaiser zu richten, in der es u. a. heißt:

„Sire! Es ist nicht das erste Mal, daß dunkle Wolken über Rußland hängen, welche den Boden der Regierung erschütterten. Aber unser Vaterland wurde immer stärker und machte Holz und gewaltig Fortschritte in seiner Entwicklung. Aus der Verbindung der monarchischen Autokratie mit der ergebnisreichen russischen Nation schöpft Rußland Kraft die Kräfte, denen weder ein auswärtiger Feind, noch innere Unruhen Widerstand zu leisten vermögen. Der Adel von St. Petersburg ist überzeugt, daß diese Verbindung unerschütterlich ist und den Sieg davon tragen muß. Mit Gottes Hilfe werden unsere wackeren Truppen, ihr Leben für Kaiser und Vaterland einsetzend, die russischen Waffen mit neuem Muthe führen. Mit Gottes Hilfe werden auch die inneren Unruhen ein Ende nehmen. Sire! Ihre Absichten sind klar. Das ganze Volk erwartet schmerzhaft die Erfüllung des kaiserlichen Willens, aber die Beamten und Staatsmänner — welche auch immer ihre Eigenschaften und ihr Eifer sein mögen — werden nicht alle Fragen des nationalen Lebens lösen können. Sire! Ihre Vorhaben hängen auf die Stimme der von der Nation erwählten Ruffen. Diese Gewohnheit schwächte nicht die Autokratie, sondern stärkte sie im Geiste und trug dazu bei, die gegenwärtige Größe zu erreichen. Sire, befehlen Sie jetzt, daß erwählte Vertreter des Volkes frei ihre Stimme zur Ehre des Thrones erheben und nach den Anordnungen des Souveräns an der Gesetzgebung und Verwaltung der Regierungsmassnahmen teilzunehmen. Sire, der Adel St. Petersburgs glaubt aufrichtig, daß, falls der Kaiser das Vertrauen hat und es kundgibt, daß Thron und Nation innig verbunden sind, die Unruhen im Innern aufhören werden und daß das gesamte Rußland sich erheben werde, um in getreuer und nutzbringender Weise seinem Souverän zu dienen zum Wohle und Ruhme des Landes wie zum Schrecken seiner Feinde.“

Die Adresse wurde mit 158 gegen 20 Stimmen genehmigt. Die Forderungen des Adels sind natürlich nicht diejenigen der russischen Arbeiterschaft. Aber daß auch nach dem Blutbad und nachdem Wäterschens sich derartige Eingaben mehrfach verboten hat, immer wieder die Forderung nach einer Verfassung erhoben wird, zeigt in Gemeinschaft mit den Nachrichten von der Ausdehnung des Streiks recht deutlich, wie sehr „die Ruhe hergestellt“ ist, was der amtliche Apparat glauben machen möchte.

80 Mitglieder der Moskauer Adelsgenossenschaft haben unter Bezugnahme auf die am 4. d. M. angenommene Adresse an den Kaiser die Minoritätsadresse eingereicht. Die Adresse deckt sich inhaltlich fast genau mit derjenigen des Petersburger Adels.

Die rächende Angel.

Ein Revolvententat verübte, wie aus Helfingfors telegraphisch wird, am Sonntag ein Mann in Offiziersuniform auf den Senatsprokurator Johnson in dessen Wohnung. Johnson war augenblicklich tot, auch sein Sohn ist verwundet. Der Attentäter gibt an, Alexander Gabb zu heißen.

Ueber das Attentat wird von anderer Seite gemeldet: Nach den auf Johnson abgefeuerten Schüssen vernahm er noch den Saal zu verlassen, brach aber dann zu Füßen seiner Gattin

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Gegelex.

(Nachdruck verboten.)

Aber dann klang in ihm: Fünfzig Tote! Fünfzig Menschen, die durch seinen Leidtun umkommen waren! Er schüttelte sich, während er brütend in den Fluß hinabschaute, dessen schwarze Wellen im nächsten Dunkel murmelten und raunten. So floßen auch die Wellen hin über die Toten, die in der Tiefe ertrunken waren. So murmelte und raunte auch dort das Wasser. Wie sie wohl ansehn mochten, diese fünfzig Leichname, die in den Waggons wie in Särgen eingeschlossen waren? Schrecklicher als seine Phantasie es sich vorstellte, konnte das Bild nicht sein.

Er beschloß hinzureisen. Es schien ihm, wenn er sich durch eigenen Augenblick von dem Unglück überzeugte, würde es weniger grauenvoll sein.

Seiner Frau ein paar Zeilen hinterlassend, fuhr er nach Düsseldorf und reiste in der Nacht nach Wien.

Am nächsten Morgen las er einen ausführlichen Bericht. Die Zahl der aufgefundenen Leichen betrug dreihundertfünfzig, aber noch waren nicht alle geholt. Entsetzliche Details waren angegeben, wie der halbe Zug in den Zusammenbruch der Brücke hineingestürzt war, wie gerade die vorderen Waggons hinabgestürzt waren und als Meisen-Särge auf dem Grund des Wassers lagen. Alles war ertrunken oder zerstückelt. Die, welche sich retten wollten, waren von den anderen festgehalten worden. Man hatte die Leichen zu Klumpen ineinandergedrückt in den Koupées gedrückt. Jedesmal, wenn der Zug hielt, lautete Horstmann neue Zeitungen. Die Bahnhofsbeamten schrien's ihm schon entgegen: „Das schreckliche Eisenbahnunglück! Sechzig Tote!...“ Immer furchbarer wurde die Zahl, die ihm in die Ohren gellte. Die Leute im Zug sprachen von nichts anderem und Horstmann selbst, durch einen unüberwindlichen Drang getrieben, unterhielt sich mit ihnen darüber.

In Budapest, wo Horstmann den Zug wechselte, ging eine Dame ein, die ihn fragte, ob der Zug nach Szegedin liege? In der ersten halben Stunde saßen die beiden allein im Koupée einander gegenüber, ohne ein Wort zu wechseln. Der Ingenieur konnte keinen Blick abwenden von der mageren Gestalt in schwarzem Mantel, aus dem ein unsagbar trauriges Gesicht ihn ansah. Die Frau mochte vierzig sein, sie machte den Eindruck einer Schwindsüchtigen. Sie hustete fast ununterbrochen, erstickte die rauhen Töne aber in dem Taschentuch, das sie sich mit Gewalt vor den Mund presste. Und dann wandte sie sich vor Schmerzen, doch in den kurzen Zwischenpausen warf sie ihm aus ihren kindlichen Augen immer einen furchtbaren Blick zu, als wenn sie ihn um Verzeihung hätte wegen der

Störung. Bei jeder Station fragte sie: ob dies Szegedin sei? Schließlich konnte Horstmann sich nicht mehr zurückhalten.

„Was wollen Sie denn in Szegedin?“

Da brach ihr ganzer Jammer hervor. Händeringend, mit hysterischem Weinen, von furchtbaren Hustenanfällen unterbrochen, erzählte sie, daß sie ihren Schwiegersohn und ihre Tochter bei dem Eisenbahnunglück verloren hätte. Die beiden waren bei ihr zum Besuch gewesen, hatten schon früher reisen wollen, aber die Mutter hatte sie bestimmt, noch zu bleiben. Sie hatte sie selbst an den Zug begleitet. . . . Das schien ihr in diesem Augenblick das Schrecklichste zu sein, daß sie, die eigene Mutter, schuld an dem Tode ihrer Kinder war.

Horstmann mußte nichts zu antworten. Er konnte kaum mitfühlen; nur der Gedanke war ihm qualvoll, daß dies arme, elende Weib, durch das eigene Leiden schon ein Bild des Jammers, noch einen solchen Schmerz durchmachen mußte.

„Vielleicht sind Ihre Kinder gar nicht tot,“ sagte er, ohne selbst an diesen Trost zu glauben.

Aber die Frau schüttelte nur stumm den Kopf, sie hatte ganz sichere Nachrichten.

Die beiden schwiegen. In dem Koupée, dessen Fenster geschlossen waren, herrschte Bruchstille und ein unerträgliches Krankheitsgeruch. Die Frau wachte sich die Tränen aus den entzündeten Augen und rang mit ihrem Hustenkrampf. Aber plötzlich schlug sie die Hände aufeinander und erging sich in neuen Selbstanlagen, mit ihrer heiseren Stimme das Geheiß der Mäder überschreiend.

„Ich habe sie an die Bahn gebracht und ihnen den Waggon ausgeliefert. Ach, lieber Gott, warum mußte ich aber das tun? Ich habe ihren Tod auf dem Gewissen, ich, die so gern für sie gestorben wäre!“

„Wie können Sie so etwas behaupten?“ unterbrach sie Horstmann grob. „Ebenso gut hätte das Unglück auch bei jedem andern Zuge passieren können. Das konnten Sie doch vorher nicht wissen.“

Und während er mit höhnischem Trost die Kranke ansah, fuhr er fort:

„Wenn Sie sich schon solche Vorwürfe machen, will soll ich denn der fühlen, der wirklich die Schuld trägt! Der Lokomotivführer, der den Zug hat entgleisen lassen oder der Baumeister, der die Brücke schlecht gebaut hat?“

Die Frau hatte furchtsam die Hand ausgestreckt, als wenn sie ihn bitten wollte, nicht weiter zu sprechen.

„Lebt denn der noch, der das getan hat?“

„Warum nicht?“ erwiderte Horstmann achselzuckend. „Das ist doch sehr leicht möglich!“

Der Ingenieur, von dieser Antwort getroffen, versank in Nachdenken. Nach einer Weile sagte er:

„Wenn dieser selbe Mensch — nehmen wir an, der Einsturz wäre auf den Leichnam des Baumeisters zurückzuführen — viele andere Bauwerke geschaffen hätte, wodurch er den Wohlstand und das Glück von Tausenden von Leuten hervorgerufen hat. Mühte ihn der Gedanke nicht trösten?“

„Was?“ sagte die Frau, während ihr schmerzgerissenes Gesicht Empörung ausstrahlte und in ihren Augen ein sanftes Glanz lag. „Können denn diese Glücklichen die Toten wieder lebendig machen? Für einen solchen Menschen sollte es noch Zeit geben? Ich sage Ihnen, daß ich so einer, von denen unser Herr Jesus spricht: Es wäre besser, er bände sich einen Mühlstein um den Hals und ertränkte sich.“

Bei der nächsten Station suchte Horstmann sich ein an anderes Koupée aus. Der Anblick der Frau war ihm widerwärtig, er konnte ihn nicht mehr ertragen.

Die schlimmste Nachricht traf Horstmann kurz vor Szegedin. Die „Neue Freie Presse“ brachte einen Artikel: „System Horstmann“, der von unerhörten Angriffen gegen ihn sprach. Er wurde nicht nur als der Schuldige an der Katastrophe, sondern als ein gemeiner Verräter hingestellt. Alle Strecken, die unter seiner Regie entstanden waren, sollten dieselbe unerhörte Leichtfertigkeit in der Ausführung zeigen. Es wurde ihm vorgeworfen, das elendeste Material verwendet zu haben. Bei der Abrechnung sollte er die Gesellschaft überfordert haben. Das „System Horstmann“ wurde als der Inbegriff alles Schändlichen und Verräuerlichen hingestellt.

Wie ein schon Erschütterter kam der Ingenieur an der Unglücksstätte an. Er mußte sich mit aller Kraft aufrecht halten, um nicht beim Anblick des Furchtbaren, das ganz anders und doch viel schrecklicher war, als seine Phantasie es sich vorgestellt hatte, zusammenzubrechen.

In einem Güterschuppen waren die Leichen ausgebreitet, acht- undneunzig, vierunddreißig in jeder Reihe. Die, welche schon rekonvalesziert waren, trugen einen Zettel auf der Brust. In dumpfer Gleichgültigkeit, herommen von dem Herrn Karholgerich, ging Horstmann an den offenen Särgen vorbei; lauter fremde Gestalten lagen darin. Durch ein Dachfenster fiel blendendes Sonnenlicht und warf gelbe Reflexe auf die bläulichen, aufgedunsenen Gesichter.

Ein Mann lag da, der die Augen schauderhaft zu rollen schien. Er stand ungefähr in demselben Alter wie Horstmann und bekam durch seinen Bart eine gewisse Ähnlichkeit mit ihm. Der Ingenieur blieb stehen: „Das sah das Gesicht genauer an.“

„So würde ich auch aussehen,“ sagte er sich, „wenn ich in demselben Zug gefahren wäre. Wie kann morgen daselbe passieren.“

(Fortsetzung folgt.)

und weiter zusammen und verließ nach 10 Minuten, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Wäber, dessen Wunden ungefährlich sind, wird im russischen Militärhospital behandelt. Die Untersuchung hat festgestellt, daß er ein ehemaliger Student der Alexander-Universität, namens Karl Leonhard Hohenhal, ist; er hatte sich in letzter Zeit in Stockholm aufgehalten und war am 13. Januar in Finnland eingetroffen. Er beobachtet barhäutiges Schweißen. Die Untersuchung führt Polizeikommissar Kelson unter Aufsicht des Senatsrats Ostermann, dem die Obliegenheiten Johnsons übertragen sind.

Wie viele solcher Opfer werden noch fallen müssen, ehe die Amtenschwinger begreifen, daß sie das Rad der Zeit nicht aufhalten können.

Der Ausstand in Polen.

In einigen Warschauer Bäckereien und anderen Stablfabrikanten, die die Arbeit wieder aufnehmen wollten, kamen mehrere Morbtaten vor. Viele Personen wurden verhaftet.

Der Bischof von Lublin, Jaiszewski, hat an die ausständigen Arbeiter einen Rufschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, morgen Vormittag eine Abordnung in die Kaiserliche zu entsenden und ihm freimütige Erklärungen über ihre Forderungen zu geben. Für die Sicherheit der Delegierten garantiert er.

Die Lebensmittel in Warschau werden teurer. Das Schodier kostet 4,50 Rubel. Die Landleute fürchten sich, nach der Stadt zu kommen, die Preissteigerungen zu zahlen.

Auch der Ausstand in Lublin gewinnt an Ausdehnung. 20 Arbeiter wurden getötet oder verwundet. In Stargard gab es 24 Tote und 40 Verwundete. In Kutno kam es zu ähnlichen Ausschreitungen. Von Warschau wurde Militär entsandt.

Wie der „Schief. Jg.“ aus Moskau gemeldet wird, hat eine Versammlung der Industriellen des russischen Industriebezirks die Forderungen der Streikenden abgelehnt. Das Militär ist auf 4000 Mann verstärkt worden. Das Standrecht ist proklamiert. Die Fabriken sind besetzt. Es werden Zusammenstöße befürchtet.

Krafau vor dem Parlament.

Unsere österreichischen Genossen haben im Parlament folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Das Abgeordnetenhaus solle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, die in der letzten Woche seitens der politischen Parteien in Galizien ergangenen Resolutionsanträge zu überlegen, durch die das staatsgrundgesetzlich gewährte Recht der freien Meinungsäußerung tatsächlich aufgehoben wurde, vor dem Abgeordnetenhaus zu rechtfertigen.

Die Regierung wird weiter aufgefordert, die von der k. k. Staatspolizei in Krafau am 2. Februar 1905 begangenen Gräueltaten und Uebergriffe unverzüglich zu untersuchen und die schuldigen Polizeibehörden exemplarisch zu bestrafen.

Der Antrag wurde vom Abgeordneten Daszynski begründet.

Die Freunde des Volkes.

Wie dem „Welt Parisien“ aus Petersburg gemeldet wird, hat das Kriegsgericht von Sewastopol am Montag über diejenigen Marinesoldaten das Urteil gefällt, die sich geweigert haben, auf die Ausständigen zu schießen. Dreißig Matrosen sind zum Tode, eine Anzahl anderer zu schweren Disziplinarstrafen verurteilt worden.

Robjedonoszew.

Der Oberprokurator des heiligen Synods, soll, nach einem Privatbrief aus Petersburg, im Sterben liegen. Dieser scheinheilige Puffe war einer der ärgsten Freiheitsfeinde in Rußland.

Russische Zustände.

Eine Illustration für die heillosen Zustände, welche in der russischen Intendantur herrschen, bringt die folgende, dieser Tage vom „Russische Slowo“ aus Kiew gebrachte Meldung:

Bei einer kürzlich erfolgten Revision der dortigen Trojanzmagazine wurde festgestellt, daß 20,000 Sacke Mehl und Gerste vollständig verdorben, demnach völlig unbrauchbar waren. Der Rest der lagernden Vorräte war nur so weit brauchbar, daß er als Düngung zu gutem Material verwendet werden konnte.

Unter solchen Verhältnissen scheint es wirklich nicht merkwürdig zu sein, daß die Russen trotz der größten Opfer an Menschenmaterial andauernd Mißerfolge erleiden.

Die höhnende Sängerin.

Von einem bezeichnenden Zwischenfälle, der sich am 22. Januar, dem Tage des Petersburger Blutbades, in der russischen Hauptstadt ereignet hat, weiß man folgendes zu erzählen:

Die hübsche Wagnersängerin, Sopranistin Kaja, fuhr am Nachmittag des 22. Januar, kurz nach dem englischen Ereignis, am Winternaloi bei den Postierungen des Regiments Protobraschki vorbei. Dem Offizierem rief sie hierbei zu: „Gratuliere den Herren zu ihrem ersten Siege über die Japaner!“ Die Offiziere haben sich über diese beleidigende Äußerung beim Postinspektorium beschwert und die Sängerin hat sofort ihren Abschied erhalten.

Sonstige Nachrichten.

Die answärts verbreitete Nachricht, der Zar habe in seinen Privatgemächern in Zarsoje Stelo einen an ihn gerichteten Drohbrief gefunden, entbehrt jeder Begründung. Ebenso unbegründet ist die Meldung, daß Maxim Gorki aus seiner Haft entlassen worden ist.

Es ist eine Sonderkommission unter dem Vorsitz des Generals Titman ernannt worden, die beauftragt worden ist, 50,000 Rubel unter die Familien der während der Aufständigen am 22. Januar Getöteten bzw. Verwundeten zu verteilen.

Eine Anzahl Wagners in der Gegend von Kischines hat sich um Hilfe an den Gouverneur gewandt, da die schlechte Ernte die wirtschaftliche Lage gefährde. Der Gouverneur hat versprochen, alles zu tun, was ihm möglich sei.

In Katakis im Konstantinopel sammelten sich etwa 200 Answärtdinge auf einem Platze, um Kundgebungen zu veranstalten, wobei auch eine rote Fahne entfaltete wurde. Die Polizei gestrenkte die Menge schnell.

Rußland und Japan.

Ein Telegramm Kuzopattins vom 6. d. M. meldet: In vergangener Nacht griff die Abteilung der linken Flanke, bestehend aus Jägern und Kolonnen unter dem Führer Magalon, ein feindliches Dorf an und tötete 50 Japaner beim Rückzug.

Wegen Morgen rückte japanische Infanterie vor, da aber unsere Truppen ihre Aufgabe ausgeführt hatten, zogen sie sich zurück und machten hierbei einen Gefangenen. Verluste gab es auf russischer Seite nicht. Es sind 20 Grad Kälte.

Politischer Ueberblick.

Der Kaiser soll nervös sein. Sonderbare Behauptungen tauchen in der Berliner Presse im Anschluß an die Eröffnung der Automobilausstellung auf. Wie schon öfter bei solchen Gelegenheiten, waren die Vertreter der bürgerlichen Presse, die sich an die hohe Gesellschaft herandrängen, aus dem Lokale gewiesen worden. Um sich für diese Rücksichtslosigkeit nachträglich zu entschuldigen, schickten die Herren Automobilisten, die sich so gern in der Presse verherrlichen sehen, ein Aufklärungs-schreiben an die Redaktionen, in dem sich folgende merkwürdige Stelle befindet:

„Wir sagen noch hinzu, daß wir Bekantheit hatten, einigen Vertretern der Presse diesbezügliche Erklärungen abzugeben und diese Herren, mit den bestehenden Umständen rechnend, unseren Standpunkt einzufließen.“

Was für „Situationen“ dabei in betracht kamen, verrät die „Berliner Morgenpost“. Sie schreibt:

Das Sonderbarste von allem war wohl ein starkes Aufgeben von... Schutzleuten! Ihre heile Rückenkerzen den Ruppelsaal ab, in welchem der Herzog von Ratibor eine von Byzantinismen tiefende Begrüßungsansprache an den Kaiser richtete, und ihre plumpen Hände und Worte laut man zu hören, als der Kaiser den Mundgang machte, und jeder Name, den er betrat, vorher vollständig vom Publikum „aufgehört“ wurde. Man vergesse nicht, es handelte sich ausschließlich um geliebte Ehrennämner! Fürchtete man, daß noch sonst etwas geladen sein konnte? Von einer wohlinformierten und dem Automobilklub nahelebenden Seite verlaute, der Kaiser sei infolge der Vorgänge in Rußland etwas nervös, er sei im Stande, sofort umzukehren, wenn er allzuviel Menschen sehe.

Wie aus anderen Notizen hervorgeht, hat Prinz Heinrich von Preußen, der Protektor der Ausstellung, den Wunsch auf Entfernung des Publikums zuerst ausgesprochen. Jedenfalls wäre es eigenartig, wenn die russischen Vorkommnisse einen soch erheblichen Einfluß auf die Stimmung des deutschen Kaisers ausgeübt haben.

Herr Kirchner aus Byzanz. In Berliner Blättern wird jetzt die Adresse veröffentlicht, die der Berliner Magistrat Wilhelm II. zu seinem Geburtstag überreicht hat. Das Schriftstück verdient, als ein das deutsche Bürgerium unserer Zeit trefflich charakterisierendes Dokument der Nachwelt erhalten zu bleiben. Wir wollen daher das in hochbyzantinischem Stil gearbeitete Meisterstück des reichstädtischen Presssinnens unsern Lesern nicht vorenthalten. Es hat folgenden Wortlaut:

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser und König! Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Euerer kaiserlichen und königlichen Majestät sprechen wir an dem heutigen Festtage, der unsere Herzen mit Dank, Freude und Hoffnung erfüllt, unseren ehrlichst gewollten Glückwunsch aus. Euerer Majestät vollenden ein alljährlich verlaufenes Lebensjahr, in dem das deutsche Volk wie in allen früheren Jahren sichtbar erfahren hat, daß es Euerer Majestät gegeben ist, mit fester Einsicht und bewunderungswürdiger Schaffenskraft die Aufgaben unserer Zeit zu erfüllen, sie mit schöpferischen Ideen zu durchdringen und ihre Lösung in die rechten Bahnen zu weisen. Wir danken aufs neue dafür, daß Euer Majestät mit nicht lassender Sorge und mit fester Willen auch im verflochtenen Lebensjahre dem Vaterlande den Frieden in den Weltkriegen erhalten, dem Wohle des ganzen Reichs unermüdete Arbeit gewidmet, durch väterliche Fürsorge alles Gute tatkräftig unterstützt und vor allem auch der Hauptstadt gänzigen Schutz und reiche Hilfe zu fortwährender Entwicklung angewendet haben. Wir freuen uns des Gelingens aller edlen Bestrebungen unseres geliebten Herrschers und der Wehrung des Glücks, die das hohe kaiserliche Haus im verflochtenen Jahre erlebt hat. Wir hoffen, daß Euer Majestät, vor deren Thron wir in unwandelbarer Treue beharren, unserer Vaterstadt das allerhöchste Wohlwollen und die fördernde Hilfe auch fernverhin ermöglicht erhalten werde, und wir bitten Gott, daß er im neuen Lebensjahre Eurer Majestät Glück und Heil schenke und dem Hohenzollernhause neuen Erfolg und Ruhm verleihen möge.

In wenigen Wochen vollendet sich ein Werk langjähriger mühevoller Arbeit. Der neue zur Ehre Gottes in der Höhe und zum Segen hienieden erbaute neue Dom, der ein dauerndes Zeugnis der Fürsorge Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät für das religiöse und sittliche Wohlanwachsen des Volkes sein wird, soll seine Weihe empfangen. Der reiche Klang seiner Glocken wird in demselben Jahre erklingen, in welchem das deutsche Volk und die Hauptstadt den unvergesslichen 27. Juni feiern, der am wärmsten von den Idealen des deutschen Geistes durchdrungen war und sie am feurigsten verkündete. Möge der Klang der Glocken dem kaiserlichen Haus und seinem Hause Freude bedeuten, Friede ihr erst Geliebte sein. Möge in dem Jahre, in dem das Land zum ersten Male diesem friedensreichen Klang lauscht, das junge ironprinzliche Paar von ihm freudig begrüßt werden, wenn es seines Lebens schönste Feier feierlich begeht. Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät alleruntertänigster treuer gehorsamer Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt
gez. Kirchner.

Wenn der Berliner Magistrat wirklich die Empfindungen hegt, denen er hier Ausdruck verliehen hat, dann muß er einfach abdanken, die Selbstverwaltung aufheben und alles Heil in der unbedingten Untertänigkeit unter den Willen des Herrschers suchen.

Der Wahlfälschungsprozess Herzfeld. Das Reichsgericht hat nunmehr die Revision des Genossen Herzfeld, der am 1. Dezember 1903 vom Landgericht I Berlin wegen Wahlfälschung zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden war, verworfen. Gleichzeitig wurde die Revision des Staatsanwalts verworfen, soweit der Angeklagte von der Anklage wegen des gleichen Vergehens in Hosiold freigesprochen war. Der zweite Straffestanz ist dabei bereits vom dritten und vierten Straffestanz ausgesprochenen Grundlagen beigegeben. Danach kann ein Wähler, der bereits an einem Orte gewählt hat, nicht nochmals an anderen Orte wählen, auch nicht in der Stichwahl, da diese in der Regel keine vollständige Wahl darstellt. Die Feststellung dieser wichtigen Frage kostet unserem Genossen nunmehr 14 Tage Gefängnis.

Ein Zahnarzt. Was ein „tüchtiger“ Zahnarzt den Massen kosten kann, das erleben zu ihrem Schreck die Baderborner Frauen. Dort wirkt seit 1 1/2 Jahren ein Zahnarzt Dr. Schlein, von dem den Frauen jetzt folgende Rechnungen vorliegen:

Name	Patienten	Behandlungen	Donorar	Also durchschnittlich pro Patient
D. Sr. R. I	7	10	240.—	ca. 34.30 M.
II	170	886	6061.50	35.50
III	38	79	1368.50	35.80
IV	4	6	151.—	37.75
V	24	89	779.50	32.50
VI	19	83	696.50	31.35
VII	4	5	196.—	49.—
VIII	3	5	82.—	27.30
Bäder	3	3	191.—	63.60
Schuhmacher	5	7	178.50	35.90
Schwarzenbühl	9	12	277.—	30.75
Fischer	14	24	428.—	30.50
Feldtübbeamte	3	5	66.50	22.10
Handwerker	14	24	444.50	31.75
	317	685	11043.50 M.	

Die Klassen sind so verflochten, diese Rechnungen nicht anzuerkennen und haben in öffentlicher Versammlung die verdienstvolle Tätigkeit des Herrn Doktor einer scharfen Kritik unterzogen, während sich Dr. Schlein, bewußt mit der staatlichen Taxe, als Freund der Klassenmitglieder aufspielt. Mit welchen Mitteln der Herr seine Praxis betreibt, zeigt der Umstand, daß er den Vorständen, deren Familien, sowie den Kassierern und deren Familien Gratis-Dehandlung anbietet.

Ein Gemütskranke muß der Skribent sein. Der Berliner Briefe in der „Offenbacher Zeitung“ verzapft. In dem letzten derartigen Elaborat schreibt er:

Es ist eine schlimme Zeit! Die Kriegskampagne schwirrt für einiae Zeit, aber im Lande, von dem der Krieg ausging, herrscht der Krieg. Tausende von Russen verlassen ihr Land; in wenigen Tagen ist hier der Rußenswurm sehr geliegen; die von der Rewa finden es hier gemüthlicher als auf dem Newskij-Beckel. Während im Osten die Karätschen und Granaten fliegen, liegen am Westen zu die Streik-Flugblätter, und der ganze Streik-Rabau im Inbegriff spiegelt sich in Berlin wider durch eine beklemmende Geschäftssituation. Bis tief in den Haushalt gehen die Sorgen; die Kohlen werden teurer und die Hausfrauen sangen an zu klagen. Das sind aber alles Kleinigkeiten. Es hat uns eine größere Sorge befallen. Wegen Wüte der Woche wurden wir erschreckt durch die Nachricht von der schweren Erkrankung des Prinzen Eitel Friedrich....

Der widerliche Byzantinismus dieser Politik wird noch überboten durch ihre Gemütslosigkeit und Taktlosigkeit.

Aus Tentsch-Südwestafrika. Ein amtliches Telegramm aus Windhof meldet folgende Verluste unserer Truppen:

- Gefallen bei dem Ueberfall durch Potentotten bei Ufirubibi: Gefreiter Friedrich Steinmeyer, Reiter Berthold Bromme, Reiter Wilhelm Schmidt.
- Schwer verwundet im Gefecht 60 Kilometer nördlich von Soachanas (Datum noch unbekannt): Reiter Paul Grütner, geb. 11. Juli 1892 zu Schönl-Elmuth.
- Leicht verwundet: in dem Gefechten bei Grosfontaines vom 2. bis 4. Januar: Reiter Adolf Senfke, Reiter Josef Siebig, geb. 25. August 1892 zu Malisch, früherer Non.-Vol. 6 (Reichs). — Im Gefecht bei Daruchas am 3. Januar: Reiter Hugo Kühne. — Im Gefecht 60 Kilometer nördlich von Soachanas: Reiter Karl Hertel.

An Krankheiten gestorben: Im Lazarett Dittbaena: Reiter August Gläner am Typhus. Im Lazarett Windhof: Reitermeisteraspirant Vincent Koldziej, geb. 17. Januar 1877 zu Falkowig, früherer 63. Inf.-Reg. (Spein), am 4. d. M. am Typhus. Im Lazarett Karib: Reiter Friedrich Till.

Infolge Unglücksfälle am 15. Januar in Reetmannshoop schwer verwundet: Reiter Wilhelm Grabig. — Leicht verwundet: Reiter Stanislaus Wujec.

Süßener in Weichselmünde. Der ehemalige Fabrikant z. S. Süßener, der sich seit einiger Zeit wegen eines Augenleidens im Lazarett an Ehrenbreitstein befand, ist nunmehr zur Verbündung des Restes seiner kurzen Festungshaft in Weichselmünde eingetroffen, wohin er durch einen Feldwebel in Zivil transportiert worden war.

Im Seniorenkongress des Reichstages teilte am Montag der Präsident Graf Ballestrem mit, der Zentrumsgenosse Graf Hompesh habe gewünscht, einen neuen Seniorenkongress einberufen zu sehen, und die Verhandlungen des letzten Seniorenkongresses dahin abzuändern, daß die Handelsverträge schon an diesem Dienstag auf die Tagesordnung gesetzt würden, weil die verbündeten Regierungen wünschten, daß die Handelsverträge schon bis zum 13. Februar fertiggestellt würden. Graf Hompesh schlug vor, an diesem Dienstag mit der ersten Beratung der Verträge zu beginnen und dann eine Kommissionsberatung folgen zu lassen. Er fand aber mit seinen Anregungen bei den Freikämigern, Sozialdemokraten und einem Teil der Nationalliberalen, so wenig Gegenliebe, daß er seinen Vorschlag zurückzog, so daß es also dabei bleibt, daß die Handelsverträge, wie wir bereits gestern konstatierten, erst am nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung kommen.

Ausland.

Hungersnot in Ungarn. Auch aus Ungarn kommt traurige Nachrichten. In verschiedenen Komitaten müde die Pestalza epidemisch, eine bössartige Hautkrankheit, die hier als eine Folgeerscheinung der Hungersnot auftritt. Es sind bereits viele Todesfälle zu verzeichnen, von Gegenmaßnahmen aber hört man nichts.

Das liebe Ungarn marschiert bekanntlich noch weit hinten auf den verschiedensten Gebieten. So kamme man dort a. B. bis jetzt noch nicht einmal eine offizielle Streik-Statistik! Erst kürzlich hat sich das Handelsministerium dazu aufgeschwungen, sämtliche Gewerke-Korporationen und Gewerbe-Inspetoren anzurufen, den Streiks und Ausperrungen ihre Aufmerksamkeit zu schenken; es soll nämlich eine systematische Daten-Sammlung über die sozialpolitischen Bewegungen des Jahres 1905 veranstaltet werden, unbestimmt darum, ob die Arbeit von den Arbeitern oder von den Unternehmern eingestellt wurde.

Hört sich ganz gut an. Was nützen aber die schönsten Statistiken, wenn die Regierungen aus ihnen keine Konsequenzen abzulesen wissen, wenn sie die Arbeitslosen weiter ohne Beschäftigung und die Hungersnot weiter hungern lassen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 8. Februar.

• Herr Bürgermeister Muehl sendet uns — diesmal nicht unter Berufung auf das Pressegesetz — eine längere Aufschrift, mit dem Ersuchen, dieselbe in der „Volksmacht“ abzurufen. Wir kommen diesem Wunsche nach Möglichkeit nach, insbesondere, da das Schreiben zeigt, wie sehr man auf die Worte der Magistratsjuristen achten muß, um nicht Lügen gestraft zu werden. Herr Muehl schreibt u. a.:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 19. v. Mts. habe ich in Erwiderung einer Rede des Herrn Stadtverordneten Vöbe ausgesprochen, daß in einem mir im Jahre 1903 zu Gesicht gekommenen Geschäftsbericht der Berliner Zentralstelle die Resultate behandelt wurden, welche das sozialdemokratische Arbeitsbüreau in allen größeren Städten erreicht habe. Ich habe gesagt, daß danach die Agitation

planmäßig von dieser Zentrale aus in allen größeren Städten betrieblen werde; dass die Erfolge der Agitation in Breslau als nicht befriedigend bezeichnet wurden mit Hinweis darauf, dass die Agitation viel energischer betrieben werden müsse, und ich habe festgehalten, dass die hiesigen städtischen Arbeiter nicht jemand herbeiführen können, um ihre Geschäfte zu betreiben, sondern dass diese Vertretung der Arbeiter aufgebracht ist und das sie geleitet sind auf einen Weg, der ihnen selbst gar nicht eingefallen wäre. Ich habe hierbei Herrn Mehrlein als denjenigen genannt, der diese Agitation in Breslau betrieblen hat.

In dem Bericht über diese Stadtverordnetenversammlung in Nr. 17 der „Volkswacht“ vom 21. Januar d. J. werden alle meine sachlichen Ausführungen unterdrückt, lediglich meine Bemerkungen über Herrn Mehrlein in der Fassung gebracht, dass ich gesagt hätte:

„Herr Mehrlein sei extra zur Agitation vom Gemeindearbeiterverband nach Breslau entsandt worden.“

Von der Redaktion wird hierzu bemerkt, dass dies „mindestens eine objektive Unwahrheit“ sei. Nach dem stenographischen Bericht habe ich aber diese Äußerung überhaupt nicht gemacht, sobald die Bemerkung der Redaktion gegenstandslos ist. Zur Sache bemerke ich folgendes:

Ich habe mit ein neues Exemplar des von mir im Jahre 1903 geleiteten Geschäftsberichts verfasst, es ist dies die Broschüre:

Die Bewegung der städtischen Arbeiter 1900 bis ultimo Dezember 1902. Geschäftsbericht des Verbandes der im Gemeindebetriebe beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, erstattet vom Verbandsssekretär Bruno Boersch, Berlin 1903.

Ich finde in dieser Schrift alle meine sachlichen Behauptungen bestätigt. Seite 3 und 4 wird als Hauptaufgabe des Verbandes bezw. des Verbandsvorstandes bezeichnet, die Bewegung unter den städtischen Arbeitern auch in andere Teile des Deutschen Reiches auszuweiten und beizubringen zu sein, die Indifferenzen für unsere Sache zu gewinnen.“

Daher milchten neue Städte für die Bewegung gewonnen werden.

Seite 5 heißt es:

„Auch außerhalb Berlins war der Verbandsvorstand bemüht, für die Ausbreitung der Bewegung tätig zu sein. Er veranstaltete Agitationskurse in fast allen Teilen des deutschen Reiches. Neue Orte wurden besucht. 1901 wurde durch die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in Breslau eine Filiale gegründet.“

Seite 30 wird aber bei Besprechung der Breslauer Verhältnisse gesagt, dass der Indifferenzismus unter den Arbeitern noch ziemlich groß ist und dass sich bei größerem Nachdruck durch die Kollegenschaft auch in Breslau mehr hätte erreichen lassen.

Die Person, welche die Bewegung nach Breslau getragen hat, ist in dem Geschäftsbericht nicht genannt. Das es Herr Mehrlein nicht gewesen ist, geht aus meiner Rede vom 19. Januar hervor. Mit Recht habe ich aber dort gesagt, dass Herr Mehrlein zur Agitation unter den hiesigen Arbeitern hergekommen ist, als eine Verstärkung der Agitation vorzuzusetzen wurde. Es bestätigt dies ein von ihm selbst mir zugesandtes Schreiben vom 24. Januar d. J., in dem es heißt:

„dass der Verband hier in Breslau seit meiner Leitung gute Fortschritte macht. Eine Tatsache, auf die ich stolz bin.“

Wäre mir selbst in der Personenbeziehung ein Verstum unterlaufen, so wäre dies völlig nebensächlich. Wesentlich sind die Tatsachen, und deren Richtigkeit kann die Redaktion nicht in Abrede stellen.

So, da haben wir die ganze Zuspitzung abgedruckt. Herr Muehl kann nicht sagen, dass wir ihm unseren Raum nicht zur Verfügung stellten, auch wenn wir nicht dazu verpflichtet sind. Aber Herr Muehl stellt in Bezug auf die Redaktion einige Behauptungen auf, die mir beim besten Willen nicht un widersprochen lassen können. Er meint, wir hätten seine sachlichen Bemerkungen unterdrückt. Gestatten Sie, Herr Muehl: Ihre ganze Rede war dem Nachweis gewidmet, dass Herr Mehrlein nicht auf Wunsch städtischer Arbeiter, sondern auf Anordnung auswärtiger Agitatoren oder dergleichen zu dem Zwecke nach Breslau geschickt worden sei, um die städtischen Arbeiter zu organisieren. Dass eine Zeitung nicht Ihre ganzen Ausführungen in einem gedrängten Referat wiedergeben kann, ist so selbstverständlich, dass sogar das „Gemeindeblatt“ das bestätigen könnte. Wie Sie also von „unterdrücken“, also von absichtlicher und böswilliger Kürzung reden können, bleibt uns unverständlich. Vielleicht haben unsere Leser mehr Verständnis für Ihre Ansichten.

Aber soweit Ihre sachlichen Darlegungen bezüglich des Gemeindearbeiter-Verbandes und seiner hiesigen Leitung in Betracht kommen, befinden Sie sich, Herr Muehl, nach wie vor in einem grundlegenden Irrtum! Wir wollen Ihnen, ohne uns auf Spitzfindigkeiten einzulassen, noch einmal kurz den Hergang schildern. Mehrlein war seit 1897 Mitglied des Gemeindearbeiter-Verbandes in Hamburg, schließlich er dort in städtischen Betrieben tätig war. Im Jahre 1903 wurde er aus seiner Stellung gemahrigt, ungefahr so, als der Breslauer Magistrat erst kürzlich einen Beamten aufs Pflaster gesetzt hat. Im Sommer 1903 wurde plötzlich unser Kollege Nalof verhaftet. Die „Volkswacht“ musste sich nach einem anderen Redakteur umsehen. Auf seine Bewerbung hin wurde Genosse Mehrlein als solcher engagiert und zwar zum 1. Juli 1903. Hier war er mehrere Monate tätig, ohne sich um den Gemeindearbeiter-Verband, dessen Mitglied er war, anders zu kümmern, als seine Beiträge gelegentlich zu bezahlen. Erst später, als eine Anzahl Gemeindearbeiter, die seine Mitgliedschaft kannten, ihn dringend ersuchten, sich des hiesigen Zweigs einzunehmen, hat er sich dazu bereit erklärt. Und wie wir zur Ehre des Genossen Mehrlein hervorheben müssen, ist seine organisatorische Tätigkeit von gutem Erfolge begleitet gewesen. Aber dieser Hergang ist doch ein wesentlich anderer, als der, wie ihn Herr Muehl sich zurechtlegt. Wir nehmen nicht an, dass Herr Muehl wissenschaftlich etwas Falsches sagt. Aber seine Ausführungen, die uns im Stenogramm vorliegen, zeigen vor allem, dass Herr Muehl von dem Zusammenhang der Arbeiterbewegung „keinen Schimmer einer Ahnung“ hat! Er sprach fortwährend von dem Bericht des Berliner Arbeitersekretariats und Genosse Schüß hat ihm schon in der Stadtverordnetenversammlung entgegengehalten, dass das Berliner Arbeitersekretariat mit den Breslauer Gemeindearbeitern gar nichts zu tun hat. Wenn man so, wie Herr Muehl in diesem Falle, die einfachen Begriffe aus der gewerkschaftlichen Kulturbewegung verwechselt, kann man nicht Anspruch darauf machen, dass seine „Feststellungen“ besonderen Wert haben sollen. Ueberflüssigerweise wollen wir nur noch bestätigen, dass der Zentralverband der Gemeindearbeiter mit dem Sitz in Berlin es als seine Aufgabe betrachtet, sämtliche Gemeindearbeiter, das heißt an allen Orten,

zu organisieren. Das ist aber nichts Neues, Herr Muehl, sondern die Aufgabe sämtlicher gewerkschaftlicher Zentralverbände. Als Bürgermeister hat man allerdings nicht notwendig, das zu wissen.

• Eine Gege gegen die organisierten Gewerkschaften: Gestern Abend fand im „Blauen Tisch“ eine öffentliche Versammlung aller im Gewerkschaftsbereich beschäftigten Personen statt. Der Vorsitzende der hiesigen Zentrale des Verbandes deutscher Gewerkschaften, Kollege Fiegert, referierte über das Thema: „Die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse „Concordia“ und ihre Folgen.“

Er schilderte in eingehender Weise die Kassenverhältnisse der „Concordia“, die unter der letzten Leitung stets laboriert habe. Was die am 8. Dezember vorgenommenen Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse angeht, so habe der Deutsche Reichsbund sehr schlecht gearbeitet. Als unsere Liste siegte, trübten sich die Arbeitgeber (unter anderem der Wirt des Café Restaurant), unsere gewählten Vertreter anzuerkennen. Natürlich wurde hierbei der rote Pappen geschwungen, die Gewählten als Sozialdemokraten denunziert. Der Protest der Witte bei der Aufsichtsbehörde wurde zurückgewiesen. Die ganze Gege gegen die organisierten Gewerkschaften bewirkt, deren Vertreter zur Ortskrankenkasse veranlasste den Schlesischen Gewerkschaftsbund, Verbandsmitarbeiter fernzuberufen nicht mehr zu beschäftigen. Und die Stellenvermittlung wollen die gewählten Vertreter sogar boykottieren. Bedner greift dies mit scharfen Worten. Der Wirt im „Biologischen Garten“ habe seine entlassen, die 17. und 18. Jahre bei ihm beschäftigt gewesen seien und nur deshalb, weil sie dem Verbandsangehörigen Fiegert beitröten, die von der „Schlef. Ztg.“ gegen ihn und die neugewählten Vertreter in der „Concordia“ gerichteten Angriffe. Er (Fiegert) sei indessen von der „Schlef. Ztg.“ als sozialdemokratischer Agitator denunziert und hingerufen worden, er sei gar kein Gewerkschaftler. Auf Grund des Pressegesetzes habe das Schmarbentblatt sich zu einer sachlichen Berichtigung verstehen müssen. (Ueberrascht hat die „Schlef. Ztg.“ die Stille gehabt und den Kernpunkt des Streites verschwiegen. Die Red.) Es sei ferner u. n. w. a. h. r., dass wie der Deutsche Reichsbund und die „Schlef. Ztg.“ behaupten, eine Beeinflussung bei den Wahlen stattgefunden hat.

In der nunmehr eröffneten Debatte werden die Gründe angeführt, weshalb die „Concordia“ finanziell so außerordentlich gelitten hat (mangelhafte Krankenkontrollen, freie Arztwahl usw.). In drei Quartalen sind allein für Medikamente, Arztlohn etc. 18.000 Mk. veranschlagt worden. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass die Kasse nur 3000 Mk. Mitglieder zahlt und davon jetzt 120 erkrankt sind. Unter der neuen Verwaltung werden bald andere Verhältnisse Platzgreifen. Ein Kollege bringt die schlechte Behandlung bei dem Wirt Gegenbart zur Sprache. Auch sonst wurden zum Schluss eine Reihe von Beschwerden vorgebracht und Abstellung gefordert, was aber nur durch eine starke Organisation erzielt werden könne. — Eine spätere Versammlung wird sich mit dem Kost- und Logiszwang gründlich beschäftigen.

• Der Arbeiter-Aktivistinnen-Verein hält Donnerstag, den 9. Februar, Abends 9 Uhr im Zimmer 5 des „Gewerkschaftshauses“ seine Mitgliederversammlung ab. Da ein interessanter Vortrag über „Der Mensch und die Kartose“ gehalten werden wird, ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Aus der Provinz Posen.

• Schon wieder ein Fiasko der Germanistoren! Bilow's „Erfolge“ in der außerordentlichen Politik häufen sich:

Aus dem ostpreussischen Kreise Hohenstein wird polnischen Blättern berichtet, dass der Aposteler Szczerbinski aus Posen das Rittergut Wielno bei Wittmannsdorf angekauft habe, das 9000 Morgen groß sei. Das Gut gehörte bisher einer Frau Wernis.

Als die Novelle zum Anwanderungsrecht dem Landtage vorlag, durch das die Forcellierung in gewissen Teilen der Monarchie erleichtert und so das Vordringen des polnischen Besitzes verhindert werden sollte, da wurde von Kennern der Verhältnisse darauf hingewiesen, dass die Polen sich alsdann mit aller Kraft auf die ohnehin schon von ihnen bedrohten Nachbargebiete werfen würden. Das hat sich zum Entsetzen der preussischen Regierung bewahrheitet. Besonders die schlesischen Kreise Grünberg, Freystadt, Glogau, Gubrau, Groß-Wartenberg und Ostpreussen sind als Aktionsfeld auszuweisen worden.

Während über diesen Reinfall preussischer Regierungswiesheit geriet bereits das Breslauer Satiristenblatt:

„Es fragt sich, ob die Regierung eine weitere Novelle vorgelegen soll, die den Nation noch weiter ausdehnt, oder ob es nicht endlich an der Zeit wäre, dass die Deutschen zur Selbsthilfe schreiten.“

Der Weisheit letzter Schluss: Vermehrung und Erweiterung der brutalen Gewaltmaßnahmen!

• Eine wenig anziehende Geend. Der mit der Verwaltung der Kreisbahninspektion in Kalisz vom 1. d. M. betraut gewesene Rektor Gaedel aus Gumbinnen ist dort zwar eingetroffen, hat es aber vorgezogen, in seinen bisherigen Wirkungskreis zurückzukehren. Erst vor einigen Tagen hat sich ein gleicher Fall in dem zwölf Kilometer von dort gelegenen Siorch n e s t abgespielt.

• Verkehrte Hilsfakke. In mehreren bürgerlichen Blättern konnte man vor einigen Wochen die Annonce lesen, wonach Agenten und Vertreter für die eingeschriebene Hilsfakke Nr. 100, „Rheinlands Eiche“ Berlin gesucht werden. Jetzt ist die Hilsfakke in Posen geraten, 2 Vorstandsmitglieder wurden verhaftet.

• Posen, 6. Februar. Für die Bergarbeiter. In der am 5. Februar stattgefundenen Maurerversammlung wurden 200 Mk. aus der Kassakasse des hiesigen Zweigvereins für die streikenden Bergarbeiter bewilligt.

Auch die Buchdrucker haben einen gleich hohen Betrag abgefordert.

• Posen, 6. Februar. Der Arbeitsnachweis der Lapeviers befindet sich im Restaurant „Patria“, St. Mariusstraße Nr. 39. Geöffnet ist der Arbeitsnachweis von 8—9 Uhr jeden Abend der Woche. Die Einlösegebühr beträgt Meißner 20 Pf., von außerhalb 30 Pf., für Möbelhändler, welche Tapezierer beschäftigen 1 Mark. Die Annahme befristigt den Arbeitsnachweis mit einer jährlichen Subvention zu unterstellen.

• Ein Opfer des Alkohols. Das Kriegsgericht der 4. Division Bromberg verhandelte wegen Sachbeschädigung gegen den Füsiliere Seidler von der 1. Komp. 34. Füsiliere-Regiments. Am 11. Dezember v. J. kam der Angeklagte im angetrunkenen Zustand nach der Kaserne, in der er sein Quartier hatte. Er zerstückte 4 der dort brennenden Lampen. Als man ihn nach seiner Stube brachte, wo er schlafen gehen sollte, riß er sich den Kopf vom Leibe und zerstückte ihn hierbei. Als ihm seine Straftaten vorgehalten wurden, bemerkte er, daß er von nichts wisse, er sei an jenem Abend sinnlos betrunken gewesen. Die als Zeugen vorgeladenen Soldaten bekannten, daß Seidler stark angetrunken gewesen sei. Der Gerichtshof erkannte auf 8 Monate Gefängnis.

Briefkasten.

B. G., Golsberg. Mit Sonntag, den 19. Februar, einverwandten A.

Neueste Nachrichten.

Für die streikenden Bergleute.

Der „Vorwärts“ welcher aus Frankfurt a. M.: Die Stadtverordnetenversammlung hat 16.000 Mk. für die streikenden Bergarbeiter bewilligt.

Der schwedische Gewerkschaftsverband bewilligte 5000 Kronen für die ausländischen Eisenarbeiter in Weiskalen.

Die Flucht aus Wladiwostok.

General Ruzovicki hat, wie dem „Tag“ aus Petersburg berichtet wird, Befehl gegeben, dass allen Frauen und Kindern, die Wladiwostok verlassen wollen, freie Fahrt bis zum Baikalsee gewährt wird. Die Professoren und Studierenden des Orientalischen Instituts in Wladiwostok, sowie die Lehrer und Schüler des dortigen Gymnasiums haben die Stadt bereits verlassen.

Für die streikenden Bergleute im Ruhrgebiet

Bei der Redaktion der „Volkswacht“ gingen ein:

Bereits quittiert 1439.79 Mk., Silberarbeiter von P. (zweite Rate) 4.05 Mk., S. 1 Mk., gel. Maschinenfabrik Liebertal „Treue“ von den drei dem Untergang geweihten Russen 4.99 Mk., Frau Lohr, Reudorfstr. 44, 8.60 Mk., beim Lotterispiel in A. C. Herrburger durch Hampel 1.50 Mk., Männergesangsverein „Bundschuh“ (Wiedereröffnung des Schief. Arbeiter-Sängerb.) 5 Mk., Gebärtstag von K. S., die arbeitslosen Niederlande, Rosenthalstraße durch Finanz 1.70 Mk., gelammelt durch Emmerich bei Dr. Straube u. Soltau 5.80 Mk., Arbeiter-Madonnen-Verein Gröscheln 7 Mk., Gef. 6. Bier, Lendstraße 4 Mk., Heringshändler, Lobestraße 3 Mk., K. durch Wolf 40 Pf., „Scherben vom Topfe“ 1.00 Mk., von den Töpfern und Werkstattarbeitern der Dombauhilfsverein 5.95 Mk., durch Malton Schmieberg 17.50 Mk., Harzener 10.90 Mk., von der Versammlung, Maschinenfabrik Liebertal „Treue“ (Bolonaise) 12 Mk., gel. im Residenzcafé 6 Mk., gel. Müde 0.50 Mk., durch E. Bank, Kesselerstr. 2 Mk., Voppebauer 2.50 Mk., Kreschmer 1 Mk., von den roten Schützen 1.50 Mk., von den Tabakarbeitern Golsberg 10.60 Mk., von den Lederarbeitern Paderborn 20 Mk., gel. im Lager des Konsumvereins an Schmieberg 3.15 Mk., gel. in der Mitglieder-Versammlung an Schmieberg 6.90 Mk., aus der Kassakasse der F. S. u. S. A. Verb. an Schmieberg 10 Mk., Liste 1 durch Friedrich an Schmieberg 3.25 Mk., Liste 4 durch Fischer an Schmieberg 10.20 Mk., Richter 0.50 Mk., Summa 1595.08 Mk. — In der letzten Mitteilung soll es richtig heißen: Gef. von den Dreiecken und Schürmachern Ab. Schirmfabrik von B. in P. 5.10 Mk. In der Montag-Mitteilung (6./2.) soll es richtig heißen: Gef. von den arbeitslosen Eisenarbeitern in der Versammlung am Sonntag 2.40 Mk.

Beim Gewerkschaftsamt in Posen.

Vom Buchdruck-Maschinenmeister-Verein 10 Mk., Liste 96 vom Verband der Kupferschmiede 18 Mk., Liste 97 vom Verband der Kupferschmiede 6.70 Mk., Liste 527 durch Plumke 10.30 Mk., Liste 20 (2. Rate) 6.20 Mk., Liste 34 durch Verband der Buchbinder 2.40 Mk., bei Finger u. Co., Liste 31 durch Verb. der Buchbinder 17.45 Mk., 2 Wochen Ertrabereiter der Buchdrucker-Vollarbeiter 5.30 Mk., Liste 219 durch G. Wittner 2.90 Mk., gel. im Bezirk 7.3 1.10 Mk., Liste 46 durch Buchdrucker-Vollarbeiter 6.90 Mk., bereits quittiert den 7. Februar 371.48 Mk., Liste 426 3.10 Mk., Liste 35 10.70 Mk., Summa 8473.93 Mk.

Beim Gewerkschaftsamt in Buzkow.

R. 1 11.50 Mk., R. 2 28.80 Mk., R. 3 12.90 Mk., R. 7 21.55 Mk., R. 8 14.15 Mk., R. 9 9.15 Mk., R. 10 13.25 Mk., R. 11 12.05 Mk., R. 12 10.40 Mk., R. 13 12.65 Mk., R. 14 6.60 Mk., R. 16 0.55 Mk., R. 17 1.40 Mk., R. 18 2.80 Mk., R. 19 5.15 Mk., R. 20 2.70 Mk., R. 21 2.50 Mk., R. 22 3.95 Mk., R. 27 6.55 Mk., R. 28 31.15 Mk., R. 30 6.40 Mk., R. 31 5.50 Mk., R. 32 2.25 Mk., R. 33 20 Mk., R. 34 21 Mk., R. 35 11.15 Mk., R. 37 6 Mk., R. 38 9.50 Mk., R. 39 3.20 Mk., R. 40 10.95 Mk., R. 41 15.35 Mk., R. 42 6.50 Mk., Arbeiter-Rabfakten-Verein 16.90 Mk., Ungenannt 2.00 Mk., Holzarbeiter Zählstelle 25 Mk., von der Versammlung am 23. Jan. an Eintrittsgelder 35.25 Mk., Gefangenenverein „Vorwärts“ 10 Mk., Ungenannt 10 Mk., von Transportarbeitern 10 Mk., Gerlein, Neu-Jähren 1 Mk.

Beim Vertranensmann in Gagan.

Aus der Kassakasse der Textilarbeiter nach Retz 5 Mk., nach Bochum 10 Mk., Polonaise des A.-R.-B. „Tempo“ Giesendorf 2.40 Mk., auf Posen: 4235 B. 1 Mk., 4235 C. 5.45 Mk., 4236 B. 3. 6.05 Mk., 4238 G. S. 5.10 Mk., 4239 S. D. 4.20 Mk., 4240 S. G. 2.40 Mk., 4242 A. R. 7.75 Mk., 4243 P. B. 4.10 Mk., 4244 P. R. 3.45 Mk., 4245 A. R. 5 Mk., 4246 A. G. 9.50 Mk., Summa 71.40 Mk., zweite Rate.

Beim Gewerkschaftsamt in Buzkow.

Gewerkschaftsbücherfabrik Voerenthal 26.95 Mk., Geschäftsbücherfabrik Hainze durch Scholz 12.20 Mk., durch Bremner 5.00 Mk., durch Land 2.55 Mk., Federfabrik Walz 16.10 Mk., Maschinenfabrik Villas 14.30 Mk., Maschinenfabrik Gütler 12.75 Mk., Kustschloszerei Bild 9.60 Mk., Strohhutfabrik Baudes 6.15 Mk., Weberei Schär 2.90 Mk., Kugelfabrik Dresdner 6.25 Mk., Kugelfabrik Waier 1.65 Mk., Deckfabrik Fuchs 8.10 Mk., Stuhlfabrik 10.30 Mk., Norddeutsche Pappenfabrik 6.20 Mk., Liste 57 d. Kinner 2.80 Mk., Liste 58 durch Stupin 1.70 Mk., Liste 37 durch Kinner 1.70 Mk., Liste 54 durch Kreuz 3.30 Mk., Liste 46 durch Kinner 1.70 Mk., Liste 33 durch Welsch 2.90 Mk., Liste 55 durch Kreschmer 3.40 Mk., Holzarbeiter-Verband (Zählstelle Buzkow) 30.00 Mk., Buchdrucker-Verband (Ostpreußen Buzkow) 15.00 Mk., R. St. 10.00 Mk., St. B. 3.00 Mk., G. 3.00 Mk., B. 1.00 Mk., Dn. 1 Mk., zwei Gefällige 2 Mk., 4.00 Mk., P. 1.00 Mk., C. 0.50 Mk., D. Sch. 0.50 Mk., Bestand von der vorigen Sammlung 7.70 Mk., Summa 239.20 Mk., bereits als abgefordert quittiert 140.00 Mk., Summa 97.20 Mk., 200 Mk. sind am 6. Februar als zweite Rate an Paul Horn-Bochum abgefordert worden.

Die Inhaber der noch ausstehenden Listen werden ersucht, baldmöglichst abzurechnen.

Beim Gewerkschaftsamt in Kattow.

Töpfer durch R. auf Posen: 364 9.20 Mk., 365 7.75 Mk., 348 6.50 Mk., 201 6.10 Mk., 202 6.60 Mk., 203 5.60 Mk., durch B. 1.88 1.50 Mk., 204 3.90 Mk., Schmieberg durch G. 101 13.75 Mk., Lithographen und Steindrucker 219 7.10 Mk., Sammlung in der Versammlung am 29. 1. cr. 13.07 Mk., Metallarbeiter durch S. 108 1.30 Mk., R. 102 6.10 Mk., Bergarbeiter durch B. 361 6.10 Mk., Fabrikarbeiter durch B. 355 2.25 Mk., Sammelliste 358 1.60 Mk., Zimmerer durch R. 212 7.15 Mk., Handlungsgehilfen durch A. 351 14.20 Mk., im Sekretariat 5.80 Mk., bereits quittiert 207.10 Mk., Summa 332.97 Mk.

Beim Gewerkschaftsamt in Posen.

R. 1 Subginstk., 2.20 Mk., R. 2 Werte, 5.75 Mk. (1. Rate), R. 3 Kliz., 1.50 Mk., R. 4 Romionostk., 2.50 Mk. (1. Rate), R. 5 Dynamitk., 6.65 Mk., R. 6 Patte, 5.75 Mk., R. 11 Flora, 1.35 Mk., R. 12 Proessek., 23.60 Mk., R. 17 Weiskalen, 1.80 Mk., R. 18 Ostfrieslandk., 4.45 Mk., R. 21 Voll., 3.55 Mk., R. 22 Kriemann, 9.40 Mk., R. 23 Labackk., 2.95 Mk., R. 24 Kolobjereckk., 1.85 Mk., R. 25 Plofowialk., 5.50 Mk., R. 27 Fengerk., 0.90 Mk., R. 29 Ostfrieslandk., 2.05 Mk., R. 30 Bielawsk., 1.50 Mk., R. 31 Matuzenowk., 2.75 Mk. (1. Rate), R. 32 Mikolajczk. 6.25 Mk., R. 33 sieben Buchdrucker, 2.00 Mk., Summa 91.25 Mk.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

7 u. 8. Febr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr
Rohrdruck (O.)	+6.8	+7.9
Rohrdruck bei 0° (mm)	755.2	756.6
Rohrdruck (mm)	4.8	6.1
Rohrdruck (pSl.)	66	100
Rohrdruck (—12)	23 3	23 3
Wind	bedekt.	bedekt.

Schluss Tage.

unseres

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Inventur Ausverkauf

100 Stück
**Wasch-
krüge**
gross, St. 45

Reste in Reste 38
Seide u. Sammet zu Einsätzen
jeder Rest

Knopflochseide . . . 12 Rollen 10
Schuhsenkel Paar 1
Centimetermaße Stück 3
Aufhänger 10 Stück 7
Stahllockenwickler . . . 12 Stück 9
Goldöhrnadeln Brief 1
Schablonenkasten Stück 14
Stechnadeln Brief 2
Kinderarmbändchen Paar 4
Soulache, farbig, 3 Meter 2
Vigogne, alle Farben, Lage 9

Kinderkleidchen 48
aus gestreiftem u. kariertem
Velour, 3 Grössen Stück

200 Stück
**Hand-
leuchter**
lackiert, St. 8

450 Stück
**Milch-
töpfe**
Ziselmuster
St. 24 u. 16

Schürzen-Alpaca 29
in schwarz jetzt Meter

Hausblusen 68
aus gestreiften u. gepunkteten
Wachstoffen Stück

14 Stück
**Gas-
kocher**
früher 9.75
jetzt 4.25

375 Stück
**back- u.
bedergürtel**
Stück 38, 18

Bettbezüge 2.75
weiss und bunt,
Garnitur 4.75, 3.75,

ca. 1000 Stück
Corsets 98
gute Qualität in eleganter
Ausführung, Wert bis 2.50
jetzt Stück 1.25

Costumröcke 98
aus verschiedenen Wachstoffen,
Stück

13 Stück
**Gas-
kocher**
früher 2.75
jetzt 1.45

500 Stück
**Schneide-
bretter**
Ziselmuster
Stück 24

Fertige Inletts 3.75
Garnitur 6.50, 4.75,

Seidenband Nr. 5 festkantig Meter 4
Dekorationsblumen zum Anstecken 10
Stängel
Wollene Kopftücher Stück 58
Portierenketten Stück 19
Knallbonbons Stück 5, 3, 2
Papierkörbe Stück 95
Schwämme Stück 5, 3
Marktkörbe Stück 85
Stammbuchbilder Bogen 8
Salz- u. Pfefferstreuer Stück 6
Kaffeekannen-Untersätze Stück 28
Fenstervorsetzer Stück 22
Tischbesen mit Schaufel Stück 45
Papier-Orden Stück 2 u. 1

Hauskleider 1.95
aus hell und dunkel gemusterten
Wachstoffen Stück 2.45,

98 Stück
**Flaschen-
reiniger**
Stück 5

300 Stück
Römer
Stück 23

Weisse
Mädchenhemden 48
Ausschluss mit Säckerei in
verschiedenen Grössen,
Wert bis 1.25, jetzt Stück 68,

Resibestand in englisch garnierten
Damen-Filzhüten 68
Stück

130 Stück
**Schaffner-
kannen**
Stück 12

300 Stück
**Porzellan-
Milchtöpfe**
dekoriert
Stück 32

Bunte **Kinderröckchen 35**
aus gestreiftem Barchent mit
Volant u. Boge, Wert bis 1.65
jetzt Stück

1 Posten
Damen-Filzhüte, 38
ungarniert Stück

360 Stück
**Gewürz-
tonnen**
lackiert, Stück 7

Büchlinge
Stück 4

Conl.
Tändelschürzen 19
mit Volant und Besatz, Stück

Knaben-Anzüge, 2.25
hoch geschlossen, Blasenform,
aus grau u. oliv hoden Stück
Frühjahrsaletots 5.75
für Herren, enorm billig Stück

1 Posten
Tuchunterröcke 1.48
m. Volant u. Besatz, Wert 2.10 jetzt

Sämtliche Resibestände in
Filzschuhen
zu ganz bedeutend
herabgesetzten Preisen.

Seltene Gelegenheit!
Rein seidene Dammassés 1
für Kleider in schwarz und farbig,
Wert bis 5.50, jetzt durchweg Meter 1.95

Einmaliges Angebot:
Teppiche, Gardinen, Steppdecken, 15%
Tischdecken, Schlafdecken,
bäuerstoffe etc. mit Rabatt

Carotten
1/4 Pfund 9

Messow & Waldschmidt

Deutscher Reichstag.

185. Sitzung vom 7. Februar 1905, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Trimbora (Zentrum), welche verlangt, daß durch einen noch in dieser Session vorzuliegenden Gesetzentwurf der zehnstündige Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter (über 16 Jahre) eingeführt wird.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. — Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Trimbora (Zentrum):

Die parlamentarischen Verhandlungen um den Maximalarbeitstag sind so alt, wie der Reichstag selbst. Steil haben Zentrum und Sozialdemokraten sich in diesem Sinne bemüht, während die bürgerliche Mitte sich erst in den letzten Jahren vom Banne des Manchesterismus befreit hat. — Der zehnstündige Tag ist ein unbedingt gebotener Arbeitsschutz, denn — darin stimmen alle Gewerkschaften überein — der sanitäre Maximalarbeitstag (8 1/2 Stunden der Reichsgemeinordnung) reicht nicht aus. Ist doch die Intensität der Arbeit in der modernen Produktion außerordentlich gesteigert. In Crimmitschau z. B. wurden beim 12 stündigen Arbeitstage 52 Schuß pro Stunde in den Zersäbriken gemacht, jetzt beim elfstündigen aber 75—80 Schuß pro Stunde. Mit Recht äußerte eine Streikende in Crimmitschau: Wüßten die Fabrikantenfrauen

wie uns nach elfstündiger Arbeit die Knie schlottern, sie würden ihren Männern sagen: das 11 Stunden wirklich zu viel sind. (Sehr richtig!) Professor Fiedler bezeichnet mit Recht die „Verlängerung der Arbeitszeit als die geschichtliche Vorbedingung für die geistige und sittliche Hebung des Arbeiterstandes. Zumal in einem Staate des allgemeinen Stimmrechts ist sie eine unbedingte Notwendigkeit. Der Einwand, daß unsere Industrie den zehnstündigen Tag nicht verträgt, ist hinfällig. In Bayern arbeiteten schon 1899 72 Prozent der Erwachsenen weniger als 11 Stunden; von 596 Tarifverträgen, über die eine Statistik vorliegt, lauten 554, also 91 Prozent, auf 10 Stunden oder weniger. (Hört, hört! im Centrum.) Die Statistik bezieht sich allerdings vorzugsweise auf das Handwerk; da aber im Handwerk erfahrungsgemäß die durchschnittliche Arbeitszeit länger ist als in der Industrie (Sehr richtig! links), so kann sie ruhig verallgemeinert werden. Für die Saisonindustrien müssen und können vorgeschrieben abgemessene Arbeitszeiten festbestimmt werden. — Ein Haupteinwand, den namentlich der Generalsekretär nicht müde wird, zu erheben, ist die Konkurrenz des Auslandes. Nun hat aber Frankreich den zwar nicht formellen, aber den tatsächlichen Maximalarbeitstag; 6 amerikanische Bundesstaaten haben den allgemeinen, 27 den parallelen Achtstundentag; Desterreich hat den Elfmündentag, Rußland seit 1897 den 11 1/2-Stundentag; in Dänemark haben 91 Proz. der Betriebe eine geringere als die 10 1/2 stündige Arbeitszeit. Wenn die Konkurrenz des Auslandes gefährlich ist, dann kann ihr nur durch qualifizierte Arbeit begegnet werden: und qualifizierte Arbeit können nur gesunde Arbeiter leisten. (Sehr richtig!) — Hinfällig ist auch der agrarische Einwand, daß der Maximalarbeitstag den Fug in die Stadt verlagert wird; ich glaube nicht, daß jemand in die Stadt zieht, um dort mit Pausen und Weg etwa 13 Stunden zu arbeiten. Wenn wir einen berechtigten Anspruch der industriellen Arbeiter auf den zehnstündigen Tag anerkennen, so ist auch die Landwirtschaft, zumal die erhöhten Schutzall erhalten hat, nicht geneigt und hoffentlich auch nicht gewillt, ihren Arbeitern diesen Schutz des Familienlebens, der Sittlichkeit und der Gesundheit zu verlagern. (Sehr gut! im Zentrum.) Leider haben noch

viele Arbeiter den 14-, 15- ja 18-Stundentag. (Hört, hört!) Da besteht die Gefahr der Degeneration. Im Interesse der militärischen Leistungsfähigkeit müssen wir den Industriearbeitern einen erhöhten Schutz zufolmen lassen. Erkläre doch Graf Posadowsky auf dem Kongress zur Bekämpfung der Tuberkulose, dem Volke würde die Zukunft gehören, welches sich körperlich am widerstandsfähigsten erhalte.

Alle Gründe, die ich bis jetzt angeführt habe, treffen in erhöhtem Maße auf den Maximalarbeitstag für das weibliche Geschlecht zu. Alle Gewerbe-Inspektoren stimmen darin überein, daß die Gebote der Gesundheit und des Familienlebens den zehnstündigen Tag für Frauen geradezu gebieterisch erheischen. Ueber seine Durchführbarkeit können keine Zweifel obwalten. Die Textilindustrie sträubt sich zwar, aber auch hier erklären zum Beispiel die Baumwoll-Industriellen, daß sie für eine allgemeine Einführung des zehnstündigen Tages wohl zu haben sein würden. Wo die verlängerte Arbeitszeit eingeführt ist, da hat sie weder die Produktion noch die Preise verringert. Die Furcht vor der Konkurrenz des Auslandes kann hier um so weniger verfangen, als in England und

Frankreich der zehnstündige Tag für Arbeiterinnen bereits besteht, als in der Schweiz große Neigung für seine Einführung vorhanden ist und Holland nur auf das Vorgehen des Reichstages wartet. Wenn eine Frage spruchreif ist, so ist es die des zehnstündigen Tages. Reichstag und Presse sind sich so gut wie einig darüber. Einer der beiden überreifen Keifel: der allgemeine zehnstündige Tag und der zehnstündige Tag für Frauen muß bald in den Schoß fallen; am besten ist es, wenn uns beide zufallen. (Sehr! Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Gewiß stellt die moderne Maschinenarbeit weit höhere Ansprüche an die Intensität der Arbeit als die Produktionsmethoden vergangener Tage. Ebenso ist zuzugeben, daß die Verlängerung der Arbeitszeit keineswegs immer das Quantum der Arbeitsleistung senkt, vielmehr unter Umständen das Arbeitsprodukt nach Quantität und Qualität steigert. (Sehr richtig! im Centrum und bei den Soz.) Allerdings gibt es eine Grenze nach unten, unterhalb deren weder eine Mehrleistung noch auch nur die alte Leistung erzielt wird. Ich kann daher die Frage, ob ein Maximalarbeitsstag einzuführen ist oder nicht, nicht ohne weiteres beantworten. Die verschiedenen Gesichtspunkte sind hier in Betracht zu ziehen. In England, dem Musterlande der Industrie und des Arbeiterschutzes, gibt es keinen Maximalarbeitstag für erwachsene Arbeiter. Wir halten unbedingt fest an der Notwendigkeit, den hygienischen Arbeitstag auszubauen; wir zweifeln auch nicht daran, daß die übermäßig lange Arbeitszeit auch in Betrieben, die an sich nicht gesundheitsgefährlich sind, schädliche Folgen für die Gesundheit haben kann. Als einstmals die englische Konkurrenz die rheinische Industrie nötigte, ihre Arbeiter täglich 17 Stunden arbeiten zu lassen, da konnte mit einiger Recht gesagt werden, daß die Arbeiter nicht die nötige Zeit zur Ruhe, zur Körperpflege und zum Familienleben hatten. (Allseitige Zustimmung.) Ähnliche Verhältnisse sind diese Zustände längst durch Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern beseitigt. — Man darf nicht vergessen, wie verschieden die Verhältnisse in den verschiedenen Industriezweigen liegen. In manchen Zweigen wird ein Teil der Arbeitszeit durch bloße Arbeitsbereitschaft ausgefüllt. Aus diesen Gründen heraus waren die verbandelten Regierungen bisher stets gegen den allgemeinen Maximalarbeitstag. Auf meine Anfrage haben von 26 Bundesstaaten 8 (Hört, hört!) geantwortet, die teils prinzipiell, teils wenigstens vorläufig ablehnend sich verhielten. — Der Ausbau der Sozialpolitik drängt mit Notwendigkeit auf

internationale Abmachungen.

Vor allem handelt es sich darum, das statistische Material zu sichten. Die Folgerungen, die der Herr Vorredner zog, sind denn doch nicht so unumkehrbar, wie er denkt; der Apfel ist noch nicht reif. (Heiter.) — Ueber die Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter wird Ihnen demnächst eine Denkschrift ausgehen, deren Zahlenmaterial das Bild doch anders gestalten dürfte, als bisher angenommen wurde. Die verbündeten Regierungen werden ernstlich die Frage eines Maximalarbeitstages für Frauen — mit einer Uebergangszeit — erwägen; doch kommt die Konkurrenz des Auslandes dabei in Betracht; auf eine Anfrage bei den auswärtigen Regierungen hat bisher nur die Schweiz entsprechende gesetzgeberische Maßregeln in Aussicht gestellt. Hoffen wir, daß die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat führen. (Beifall im Centrum.) Auf Antrag Graf Pompej (Str.) wird die Besprechung beschlossen.

Abg. Fischer - Berlin (Sozialdemokrat):

Ueber unsere prinzipielle Stellung werden wir uns bei der Beratung unseres Antrages betreffend die Einführung des zehnstündigen Tages äußern. Wir halten nicht nur den zehnstündigen Tag für möglich, wir halten dafür, daß er nur als Durchgangsstadium in Betracht kommen kann. Für viele Industrien würde der zehnstündige Tag geradezu einen Rückschritt bedeuten; hat doch Herr Trimbora, der eigentlich eine Rede für einen viel weitergehenden Antrag hielt, reiches Material dafür vorgebracht, daß der zehnstündige Tag (speziell in Württemberg überholt ist. — Bei dem

Schneidengang unserer Sozialpolitik

— siehe des Grafen Posadowskys heutige Rede — besteht für die Arbeiter wenig Aussicht auf die Erfüllung auch nur ihrer bescheidensten Wünsche. Der Handelsminister von Wöllner (Zuruf bei den Soz.: Er ist ja nicht abelig!) — na ja, aber er verdient es bald zu werden (Heiterkeit) — hat es stets als seine Aufgabe betrachtet, den Maximalarbeitstag zu bekämpfen. Man müßte, sagte er im Reichstag, den Arbeitern Gelegenheit geben, sich durch

Ueberarbeit aus dem Gehen zu heben.

(Hört, hört! bei den Soz.) Zeige mir doch der Handelsminister einen Großindustriellen, der sich durch Ueberarbeit aus dem Arbeiterstande emporgeschwungen hat. (Heiterkeit bei den Soz.) Solche, die sich

durch Ueberarbeit „bitter“ Arbeiter „emporgearbeitet“ haben, braucht er uns nicht zu zeigen; wir kennen die Stimms und Genossen. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Wir haben geradezu Bedenken gegen den zehnstündigen Tag; aber unsere Bedenken bewegen sich in entgegengeleiteter Richtung. Wir fürchten, daß der zehnstündige Tag ein Bollwerk gegen weitere Verlängerung der Arbeitszeit werden wird; hat doch in der heutigen Gesellschaft die Maximalarbeitszeit die Tendenz Minimalarbeitszeit der Minimallohn zu werden. Nur eine

kräftige Gewerkschaftsbewegung

kann da entgegenwirken und die Gewerkschaftsbewegung wird von der Regierung, den Gerichten, der Polizei mit allen Mitteln bekämpft. Denken Sie an die

Dresdener Urteile, die selbst ein Zentrumsmann Bluturteile nannte;

an die Rechtsprechung des Kammergerichts, die völlig verbrennend ist, seitdem ein Mitglied der Dresdener Schlichtungskammer für Streikbrecher als Präsident am Berliner Kammergericht bezetant worden ist. Die Gerichte, die niederen Behörden setzen die vom Reichstag abgelehnte Rechtsprechung in die Praxis um. — Das Zentrum beschrankt seinen Antrag auf die Fabrikarbeiter; es kommt mit einer Interpellation, statt seine parlamentarische Machtstellung zu einem selbständigen Antrage zu gebrauchen und die nächste Interpellation begründet derselbe Herr Trimbora, der im vorigen Jahre mit einem gewaltigen Volksentscheid den Anbruch einer neuen Ära der Sozialpolitik verkündete. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Statt des Drängens die bescheidene Anfrage! — Warum soll der zehnstündige Tag auf Fabrikarbeiter beschränkt werden, da doch mehr in der Gesetzgebung noch in der Rechtsprechung der Begriff „Fabrik“ klar festgelegt ist? Herr Trimbora stellt auf die Tarifverträge an. Alle diese Verträge sind von den Arbeiterorganisationen in

schweren, opferreichen Kämpfen

den Unternehmen und der hinter diesen stehenden Regierung abgezwungen worden. Nun sind aber gerade in den handwerksmäßigen Betrieben Tarifverträge erzwungen worden: sie sprechen aber gegen die Beschränkung des Maximalarbeitszeit auf die Arbeiter der Fabriken. Der Antrag in seiner jetzigen Form paßt gang in das

System ultramontaner Sozialpolitik

nach dem Muster der Echterner Springprojektion:

zwei Schritt vorwärts und einen zurück. —

In der Regierung scheint noch immer die Maxime Bismarcks zu gelten, es sei Aufgabe der Regierung, Millionen zu zackeln. Den Siegeszug des Maximalarbeitszeit haben katholische Kladder nicht gesehen. (Sehr gut! bei den Soz.) Alle sozialpolitischen Anträge des Zentrums sind im Schatten der unfern gehalten, nur durch Abschwächung von ihnen unterscheiden sie sich. (Abg. Ergaberer, Zentrum, steigt die Tribüne und begleitet die Rede Fischers mit lautmächtigem Beifall.) Wer kann nach Crimmitschau und dem Streik im Ruhrgebiet noch an die ernsthafte Absicht der Regierung glauben, auch nur die schädlichsten Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen? Der Sinn der heutigen Erklärung war:

die Regierung will nichts tun

und deshalb sucht sie nachzuweisen, daß sie nichts tun kann. Der 17 stündige Arbeitstag ist durch die Vermählung der Arbeiter gefallen; der Herrgott läßt dabei nicht! (Heiterkeit links.) Die Arbeiterorganisationen haben die Verkürzungen der Arbeitszeit erzwungen; daher der Haß der Unternehmer gegen sie; sie werden, wie heute in Rußland auf politisches Gebiet gedrängt; daher der Haß der Regierung.

Auf die Konkurrenz mit dem Ausland sollte seitens der Regierung nicht verwiesen werden, hat sie doch durch den

neuen Zolltarif diese Konkurrenz nur erschwert.

Es ist auch bezeichnend, daß das Zentrum die Heimarbeiter und die Arbeiter in Kleinbetrieben anspricht, die oft noch bis zu 18 stündiger Arbeitszeit haben. Die Regierung läßt vielfach Eisenbahn-, Postbeamte etc. noch 10—14 Stunden arbeiten. Dazu haben die Staatsarbeiter nicht einmal das Koalitionsrecht. Gemäß haben einzelne Mitglieder einzelner Regierungen soziale Verbindungen, an den guten Willen der Regierungen in ihrer Gesamtheit können wir nicht glauben, noch weniger an ihre Selbständigkeit gegenüber der Allmacht des Kapitals. Wir haben ja gesehen, wie das

Vertrauen der Bergarbeiter auf den Reichskanzler belohnt

wurde: Graf Bülow mütet den Streikenden im Ruhrrevier dieselbe Fülle zu, die er in der Kanalvorlage den Agrariern gegenüber gespielt hat. (Sehr gut! h. d. Soz.) Mag sein, daß dies Verhalten der Regierung die Bergarbeiter zwingt, noch vor Erfüllung ihrer Forderungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter werden

Aus aller Welt.

Der Greis in der Not. Ein Greis, der Tischler Kaufmann aus Wildorf, hat sich kürzlich im Tiergarten erschossen. Der alte Mann, der seit sieben Jahren Witwer war, bezog seit zwei Jahren eine Invalidenrente von 15 Mk. 75 Pf. pro Monat. Davon bezahlte er 10 Mk. für eine leere Stube und 3 Mk. für Kaffee. Den übrigen Lebensunterhalt mußte er von seinen Ersparnissen aus einer besseren Zeit bestreiten. Diese waren jetzt aber aufgebraucht. Die Wirtsleute und eine Schwester, die in Wildorf verheiratet ist, legten ihm nahe, um eine Erhöhung der Rente einzukommen, und fragten ihn öfter, ob er diesen Schritt getan habe, bekommen aber nie eine Antwort. Seine Antwort war erst der tödliche Schuß. — So sorgt der Staat für die Armen und Entsetzten.

Fischers Los. Drei Fischer aus Mecklenburg in Holstein, die während des letzten Sturmes im Allensund fischen, werden vermisst. Ihre Fahrzeuge, verschiedene Gerätschaften und ihre Kopfbedeckungen sind aus Land getrieben und man nimmt an, daß sie ertrunken sind.

Eine gefallene Ordnungssäule. Der Major a. D. v. Graberz aus Gabellegen wurde von der Strafkammer des Landgerichts zu Stendal wegen Veruntreuung von Mündelgeldern zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 8 Monat Gefängnis beantragt. Von der Anklage der Unterschlagung amtlicher Gelder wurde der Angeklagte freigesprochen.

Der entschuldigte Stadverordnete. Vor Beginn der letzten Stadtverordnetenversammlung in Heiligenstadt machte der Vorsitzende der Versammlung die Mitteilung, daß der Stadtverordnete Engelmann soeben durch das Telephon sein Ausbleiben entschuldigt habe, und zwar mit folgenden Gründen: Bei seinem Versuch, nach dem Rathaus zu gelangen, sei er im Straßenschmutz stecken geblieben, wobei er die Gemütskur eingebüßt und in dieser Verfassung den Rücksitz habe antreten müssen; es sei ihm infolgedessen unmöglich geworden, seinen Verpflichtungen als Stadtverordneter nachzukommen. Der Vorsitzende bemerkte hierzu: „Ich halte den Stadtverordneten Engelmann für genügend entschuldig“.

Hauserramant in der Großstadt. Wie der „Weserztg.“ aus Hannover gemeldet wird, hatten drei magdeburger Mädchen mitten in der Stadt eine Kneipe eröffnet: sie besaßen sich unter dem Schutz der Mauern auf dem Vektor Bahnhöf. Dierher schlüpfen die alte Frauen, die sie auf ihrem Bauhügel antworteten und waren sich dann nachher bei Wein und Pilsener gütlich. Durch unvorsichtige Anwesenheit eines Streichholzes entstand nun Mittwochsabend Brand. Das Alesalb von den Gebäudemädchen bemerkt wurde:

man alarmierte die Feuerwehr, die den Fußboden aufbrüht und so die Hölle entdeckte. Die unerschrockenen Mäher hatten sich aus dem Staube gemacht, sie wurden indessen bald entdeckt. Einen von ihnen, den 14-jährigen Schulknaben, hatten die Eltern nämlich inzwischen als vermisst angemeldet. Als sie bald darauf sein Eintreffen meldeten, wurde man auf den Sachverhalt aufmerksam und nahm den Mäherchen ins Verhör. Weinend gestand er die ganze Mähergeschichte ein.

Größe der im Schoß zu Altendorf. Im herzoglichen Meißener Schloss entstand Größener; der Kirchenaal brannte vollständig aus. Der kostbare Inhalt sowie viele Gemälde von bedeutendem Werte sind vernichtet. Militär unterstützte die Arbeiten der Feuerwehr.

Die störrische Reinigung der Klaffler. Zum Thema „Reinigung der Klaffler“ dürfte wohl auch folgendes ganz interessante Stückchen gehören: In einer der oberen Klassen eines Gymnasiums in Frankfurt a. M. wird gerade jetzt „Wallensteins Lager“ gelesen und zwar in Freitagsausgabe, die voraufgeschrieben ist. Einer der Schüler entsprach dieser Vorschrift nicht und nahm die in seinem Besitze befindliche Schüler-Ausgabe mit in die Schule. Der Zufall spielte oft sonderbar und so traf just diesen Schüler die Reihe, den zweiten Jäger vorzulesen. Er las u. a.:

„Es sträubt sich — der Krieg hat kein Erbarmen —“

Das Mädellein in unsern lebigen Armen.“

Und siehe da: Lehrer und Schüler hielten, denn diese zwei Zeilen fehlten in allen anderen Büchern. Der Lehrer, erst kurz an der betreffenden Stelle, bemerkte nur leichtfin: „Da sind zwei Zeilen irrtümlicherweise ausgelassen.“

Die wahnwitzige Mutter. Dieser Tage war die Ruffensfrau Beilke Schlender, die in dem Hause Nr. 44 in Berlin wohnte, plötzlich vom Hofsteiner Meer aus ihre beiden Kinder in die Spreewälder sprang ihnen, ehe irgend jemand helfend eingreifen konnte, nach. Erst als die Frau und die Kinder mit den Fluten kämpften, konnten Rettungsversuche angestellt werden, und es gelang auch wirklich, die Vermissten dem sicheren Tode zu entreißen. Die Mutter mit dem ältesten Sohne wurde nach der Charité, der jüngere Sohn nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Allen Aufsehen nach handelt es sich um die Tat einer Geisteskranken. Die Frau ist 37 Jahre alt, stammt aus Kyritz und lebte mit ihrem Manne in glücklicher Ehe. Seit einigen Tagen zeigte Frau Schlender aber Spuren von Verfolgungswahn und glaubte, daß man sie ermorden wolle. Sie ging mit den Kindern zu dem Schwester der Gemeinde von St. Johannes und bat um Schutz. Man beruhigte sie und schickte sie wieder zurück. Sie irrte aber stundenlang umher und blieb schließlich am Hofsteiner Meer stehen. Dort warf sie zuerst eine Bibel ins Wasser, wollte ihre Kinder heranziehen und schleppte sie in die Flut. Frau Schlender befestigte sich mit ihnen beiden Kindern auf dem Wege der Retterung. Die Frau ist aber noch nicht vernunftgemäß.

Der falsche Graf. Wegen unberechtigter Führung des Grafentitels verurteilte das Schöffengericht Posen den Rittergutsbesitzer v. Swinarski aus Lubranie zu 20 Woch Gefängnis. Neureichs werden vom preussischen Herzogtame die polnischen Adelsfamilien eingehend geprüft. Auf Grund der vorgenommenen Untersuchung erklärte, nach der „Ost. A. Bz.“, daß Heroldsamt, daß der Angeklagte zur Führung des Grafentitels nicht befähigt sei. Trotz mehrfacher polizeilicher Aufforderungen führte der Angeklagte den Grafentitel mit der Begründung weiter, daß schon seine Großeltern und Eltern unbeanstandet sich als Grafen bezeichnet hätten. Diesen Einwand ließ das Schöffengericht nicht gelten, nahm vielmehr die Feststellungen des Heroldsamts als richtig an und kam zu der Verurteilung.

Eine dem Meer verfallene Stadt. Vor einigen Monaten begannen zum ersten Mal die Meereswellen in die bekannte portugiesische Fischer- und Badestadt Espinho zu brühen und die zunächst gelegenen Häuser zu bedrohen. Was damals ein einzelner Fall zu sein schien, ist nach und nach zu einer schädlichen Gefahr geworden. Wieder und immer wieder unternahm das Meer einen Zug in die bedrohte Stadt, und bald begann Haus um Haus dem Angriff des nassen Elementes zu weichen, und eine Straße nach der anderen wurde unter Wasser gesetzt. Die auf einer kleinen Anhöhe nahe am Strande gelegene Kirche war gleich von Anfang an gefährdet, aber der massive Bau hielt dem Anprall der Wellen geraume Zeit hindurch stand, bis eines Tages ein verheerender Orkan das Gebäude auseinanderriß. Nur der Glockenturm stand allein noch mehrere Wochen hindurch einsam auf dem Hügel, und nun ist auch dieser dem anstürmenden Wellen gewichen und mit ihm 81 Häuser, die von ihren geängstigten Bewohnern noch zeitig genug verlassen worden sind, um nicht mit unterzugehen. An deren Stelle ist heute die See, die immer weiter hineinragt, während die gefährdeten Häuser verlassen oder abgedrohen werden. Es besteht die Gefahr, daß nach und nach die ganze Stadt verschwinden wird.

Gummarisches. Wenn die neuen Handelsverträge in Kraft getreten sind, wird es beim Import von Gerste für die Holzbauern nicht immer leicht sein, herauszubekommen, ob sie die feinsten Futterernte oder die wertvollere Braumalzgerste vor sich haben. Zur Vermeidung von bedauerlichen Irrtümern empfiehlt sich wohl folgende Verfahren. Der Import von Gerste darf nur bei bestimmten Zollämtern stattfinden. Bei jedem dieser Ämter ist eine Kontroll-Quantität einzuwickeln, in der von jedem Gerstetransport ein genaues Quantum verbrant wird. Die Beamten der Zollämter haben dann nach gründlicher Probe auf ihren Dienst zu erklären, ob das so erzeugte Bier trinkbar ist oder nicht. Die Kosten der Anlage und des Betriebes werden von den Importeuren getragen. Dies Verfahren besitzt den Vorzug einer Grandsichtigkeit, die auf anderem Wege nicht zu erreichen ist, und wird unserer Landwirtschaft einen sicheren Schutz vor der unglücklichen Konkurrenz des Auslandes gewähren. „Klabb.“

richtet der Präsident die Frage an die Deutschen, ob ein Generalstreik der Engländer von ihnen gewünscht würde. Dies wurde mit der Bemerkung verneint, daß Verhinderung der Mehrproduktion und jeder Mehrausfuhr nach Deutschland sowie mögliche finanzielle Hilfe den Interessen der kämpfenden mehr entsprechen würde. Der Präsident Schwarzs konferenz eine wesentliche Erhöhung des wöchentlichen Unterstützungsbeitrages beantragen, und außerdem dafür eintreten, daß die Bezirksorganisationen größere Mittel hergeben. Diese hätten, fügte er hinzu, meist sehr ansehnliche Fonds liegen, die sich bis auf 5 Pfd. Sterl. (100 Mark) pro Mitglied belaufen. Welche Beträge da eventuell aufgebracht werden können, wo wir Hunderttausende von Mitgliedern haben, brauche ich nicht erst zu sagen. Er teilte noch ferner mit, daß die Bergarbeiter von Durham beschloßen hätten, sogleich 1000 Pfd. Sterl. (20,000 Mark) und von da ab wöchentlich denselben Betrag wie die Northumberland-Arbeiter für Deutschland zu zahlen.

Der Vorstand der schweizerischen Arbeiter-Union hat beschloßen, sofort im ganzen Lande Sammlungen für die Streikenden vorzunehmen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 8. Februar.

*** Unfälle der Schiller-Feste** werden alle Schüler der allgemeinen, der beruflichen und der kaufmännischen Fortbildungsschulen, sowie die 14jährigen Volksschüler auf städtische Kosten Schillers Werke überreicht bekommen. Für die jüngeren Schüler ist ein besonderes Schiller-Büchlein in Aussicht genommen. Also wird aus Stuttgart gemeldet.

In Breslau braucht die „freisinnige“ Stadtverwaltung das Geld nötiger zu hydraulischen Zwecken. In Breslau sieht man nicht ein, daß die 30,000 Mk. für eine Schillerlehre tausendmal besser und nützlicher angelegt worden wäre wie für ein Kronprinzengeschent.

Die Seelsorger und die Ehescheidungen.

Das königliche Konsistorium der Provinz Schlesien hat an die Geistlichen der Provinz die folgende Rundverfügung erlassen:

Der Herr Justizminister hat auf Wunsch des Evangelischen Oberkirchenrats den Amtsgerichten anzuempfehlen, den zuständigen Geistlichen von bevorstehenden Ehescheidungen unter Angabe der Wohnung der Eheleute und möglichst auch des Ehescheidungsgrundes rechtzeitig Kenntnis zu geben. Unter Bezugnahme auf frühere Verfügungen erwarten wir, daß die Herren Geistlichen von dieser ihnen gebotenen Gelegenheit zu seelsorgerlicher Einwirkung den rechten Gebrauch machen, die in Ehescheidung liegenden Eheleute aufsuchen und durch seelsorgerische Einwirkung in solchen Fällen, in denen es erreichbar erscheint, eine Vermählung und Zurückziehung der Ehescheidungsklage herbeiführen suchen. Da sich doch herausgestellt, daß in etwa einem reichlichen Drittel der zur rechtzeitigen Mitteilung an den Geistlichen gelangten Fälle durch dessen seelsorgerische Einwirkung eine Heilung des ehelichen Zwistes erreicht worden ist. Die Herren Superintendenten aber wollen bei den regelmäßigen Visitationen auch die jungen Geistlichen, die neu in's Amt getreten sind, darauf hinweisen, was in dem betreffenden Falle von ihnen erwartet wird.

Ob es zweckmäßig ist, Leute, die sich nicht vertragen können, durch künstliche Mittel an einander zu fesseln, darüber gehen unsere Ansichten mit denen der Schwarzen weit auseinander.

*** Ueber einen russisch-deutschen „Zwischenfall“** wird oberschlesische Wäldern berichtet: „Zur Feier von Kaisers Geburtstag fanden sich die Einwohner von Pr. Herbn und Umgegend in dem an der russischen Uebergangsstation gelegenen Gasthause ein. Einige der Gäste haben beim Nachhausegehen wahrgenommen, daß auf der russischen Seite, dicht an der Kette, sehr erregte Stimmung herrschte. Man nahm an, es wären Schmuggler verhaftet worden oder sonst etwas Ungewöhnliches vorgekommen, weshalb unter von den Herren sich mit einer Handlaterne auf das neutrale Terrain begab. Dort angelangt, schrie ihn ein russischer Offizier an und befahl ihm, sofort den Ort zu verlassen. Inzwischen kamen auch andere Herren hinzu. Da der russische Offizier behauptete, daß auf dem neutralen Wege niemand gehen dürfe, kam es zum Streit. Bald erschien auf Veranlassung des Offiziers ein russisches Grenzwachkommando aus der Stadt Russisch-Berby auf dem neutralen Gebiet, der Offizier befehligte die Soldaten, die Gewehre zu laden. Mit Schreien erwarteten die anwesenden Herren, daß auf sie geschossen werde. In der Bestürzung und Angst entstand ein Lärm, durch den die zufällig in der Nähe sich aufhaltenden preussischen Grenzschutzbeamten aufmerksam wurden und zu dem Ort eilten, da sie nichts Gutes ahnten. Der russische Offizier hielt dann sofort mit seinen beabsichtigten Maßnahmen zurück. Nur den preussischen Grenzbeamten ist es zu verdanken, daß blutige Ereignisse nicht stattfanden, anderenfalls als sicher angenommen werden kann, daß auf die Herren oder vom neutralen Gebiet ins preussische Gebiet hinüber geschossen worden wäre.“

*** Ein Dirsch-Dunder'scher Gaukler.** Die Anstellung eines Agitationsleiters für Mittelschlesien haben die Ortsvereine des Gewerkschaftsverbandes der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Dirsch-Dunder) beschloßen. Die Kosten werden gemeinsam getragen. Der Sitz des Beamten ist Breslau. Wie mitgeteilt wird, wurde für den neuen Posten der bisherige unbefohlene Agitationsleiter für Ostpreußen, Dornblith-Bromberg, gewählt. Er tritt sein Amt am 15. Februar d. J. an.

*** Der neue Lohnsatz der Denkerpücker** bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Gewerbegericht. Ein bei dem Denkerreinigungs-Fabrikat „Dratistawia“ beschäftigt gewesener Pücker verlangte 8.30 Mk. Nettlohn. Er war genau anlässlich 13 Pfd. 14 Mk. Wochenlohn beschäftigt gewesen, während der neue Tarif 18 Mk. vorkieft, für Pücker, die längere Zeit als zwei Jahre tiefen Verluste obliegen. Der Inhaber dieser Firma, Landsberger, war aber der einzige, der den Tarif bald nachdem er vorgelegt wurde, unterschrieb, während der Verband der Handwerker und Transportarbeiter bei den übrigen Unternehmern auf Widerstand stieß und die Bewegung deshalb bisher noch nicht ihren Abschluss gefunden hat. Landsberger hatte sich aus legitimen Grunde nach dem Bureau ge-

aranten Verbandes begeben und dort erklärt, daß er allein unmöglich den geforderten Tarif zahlen könne, solange nicht auch die Konkurrenzfirmen den Tarif anerkennen. Befehle der Verband unter allen Umständen auf Gültigkeit des Tarifs, den er allein unterzeichnete, dann würde ihm nichts anderes übrig bleiben, als einige Arbeiter zu entlassen und dafür jüngere einzustellen, denen er den tarifmäßigen Lohn von 18 Mk. nicht zahlen brauche. Die Verbandsleitung befand sich hierbei in einer mittelmäßigen Lage. Einerseits sah man ein, daß es für Landsberger eine Härte sei, wenn er als einziger nach dem Tarif zu zahlen habe, nur weil er soviel Aufwand betreiben, die Berechtigung der Arbeiterforderungen ohne weiteres anzuerkennen, während es andererseits Aufgabe der Verwaltung sein muß, dem Tarif, so nur möglich, Geltung zu verschaffen. Schließlich wurde Landsberger gestattet, mit seinen Arbeitern eine Einigung dahin zu treffen, bis zur allgemeinen Durchführung des Tarifs die Erhöhung des Lohnes nur zum Teil eintreten zu lassen. Der hier in Betracht kommende Kläger bestand aber auf dem Tarif. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß an einer Stelle doch mit besserer Durchführung der Leistung gemacht werden müsse und wenn man hier nachgibt, sei von vornherein die Durchführung des Tarifs in Frage gestellt. Die Folge war seine Entlassung, die er in dem Bewußtsein, der Allgemeinheit gebieten zu haben, gern auf sich nahm. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß dem Kläger die Klagesumme, die aus der Differenz zwischen dem früheren und dem durch den Tarif vereinbarten Lohne herabzuleiten, zuzurechnen sei. Da jedoch der Tarif vorliegt, daß Streitigkeiten aus demselben einer Schlichtungskommission zu unterbreiten seien, wurde dem Arbeiter aufgegeben, sich zunächst erst einmal an diese zu wenden.

*** Der Maurer-Verband** (Zweigeverein Breslau) hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Jahresbericht für 1904 und Wahlen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Abbleben zweier Kollegen, die im vorigen Monat verstorben sind. Kollege W. B. gab einen Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr, er gedachte der vielen Befolgungen, die die Maurer haben erdulden müssen und der großen Opfer, die wegen der Arbeitslosigkeit gebracht werden mußten. Vor Fragniten habe sich unter den Kollegen eine große Bewegung bemerkbar gemacht, man war sich nicht sicher, ob das derzeitige Standbild von 50 Pfg. auch auf allen Banten gezahlt werden würde. Die Lohnzahlung hat sich in diesen zur Zufriedenheit geregelt. Auf allen Banteln wurde ohne weitere Widerwärtigkeiten der bedingte Lohn gezahlt. Alsdann folgte er an die Jahresabrechnung, die wir bereits veröffentlichten, ergänzende Bemerkungen. Widern besprach auch die Aufgaben, die der Organisation im neuen Geschäftsjahr bevorstehen. Es werde nötig sein, die inneren Einrichtungen noch mehr auszubauen. Die fernere Aufgabe wird auch die Frage der Mitgliedschaften sein, die daran Bedacht nehmen müssen, welche Forderungen nach Ablauf des Tarifvertrags, der bis Pfingsten 1906 in Kraft ist, gestellt werden sollen. Er erwartet, daß die Kollegen ihre Pflicht und Schuldigkeit tun werden, um allen Anforderungen gewachsen zu sein. Dem Vorstande wurde die Entlastung erteilt. Es folgten darauf Wahlen. Als angelegter Kollege wurde Widern einstimmig wiedergewählt. In den Vorstand wurden ferner folgende Kollegen gewählt: als erster Vorsitzender Karl Prause, zweiter Vorsitzender Friedrich, als Kassierer Wilhelm Glöckner, Schriftführer Schloß, als Revisoren wurden die Kollegen Max Seidel, Rudolf deutscher, G. Albrich gewählt. Es wurde ferner eine Ergänzungswahl zum Vorstande vorgenommen. Die Wahl fiel auf die Kollegen Künzler und Robert Scher. Es folgt die Wahl zur Bauarbeiter-Schutzkommission. Diefelbe fiel auf die Kollegen Franz, Scholz und Jänischke. Schließlich schritt man zur Neuwahl der Kartelldeputierten. Aus derselben gingen hervor: Jänischke, Mille, Staubitz und Hildebrandt.

*** Das lahme Pferd in der Breslauer Straßenpolizei-Verordnung.** Uns wird aus Berlin berichtet: Die Gültigkeit einer Bestimmung der Straßenpolizei-Verordnung für Breslau stand in einem Strafverfahren in Frage, welches gegen den Stallmeister Klein von der Kalesfabrik angestrengt worden war. Nach jener Bestimmung dürfen Pferde, welche lahmen, in den Straßen Breslaus nicht als Zugtiere verwendet werden. Klein wurde dafür verantwortlich gemacht, daß ein lahmes Pferd vor einem der Kaleswagen gespannt war. Das Landgericht Breslau verurteilte ihn auch zu einer Geldstrafe. Es erachtete die Verordnung für gültig und R. für strafrechtlich haftbar. Er hätte verbinden müssen, daß das lahme Pferd als Zugtier benutzt wurde. Zum mindesten hätte er seinen Vorgesetzten melden müssen, das Pferd sei zum Ziehen nicht tauglich. Angeklagter legte Revision ein und behauptete unter anderem auch die Ungültigkeit der angezogenen Bestimmung. Das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Wenn die Bestimmung lediglich dem Tierchutz dienen oder öffentliche Zwecke verfolgen würde, dann wäre sie nicht gültig. Es sei aber anzunehmen, daß sie aus Verkehrssicherheitsgründen erlassen sei. Gerade in einer großen Stadt könne ein lahmes Pferd sehr leicht den Verkehr gefährden. Aus diesem Grunde sei die Bestimmung, die es verbietet, in Breslau lahme Pferde als Zugtiere zu benutzen, rechtsgültig. Angeklagter sei auch mit Recht bestraft.

*** Ein Uhrenhändler.** Am 3. d. Mts. kam ein etwa 35 Jahre alter Mann in die Wohnung eines Eisenbahnarbeiters auf der Berlinerstraße und bat diesen, ihm doch eine goldene Herren- und eine goldene Damenuhr nebst langer Kette für nur 90 Mark abzulassen. Er hätte ein Geschäft auf der Gräblichstraße und sei in Not geraten. Der Mann erreichte seinen Zweck und wurde seine Uhren los, die nach späterer Schätzung einen Wert von etwa 10 Mark haben.

*** Verhinderter Einbruchdiebstahl.** In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag bemerkte ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft in einem Hause der Büttnerstraße zwei Männer, die ihm verdächtig vorkamen. Auf Befragen gaben dieselben an, Bewohner des Hauses zu sein und forderten den Wächter auf, die Haustür zu verschließen. Er tat dies jedoch nicht, sondern rief einen zweiten Wächter herbei, mit dem er eine gefällige Revision des Hauses vornahm. Hierbei stellte sich heraus, daß die beiden verdächtigen Personen durch das Einschreiten des Wächters bei einem Einbruch gestört worden waren. Ein in dem Hause befindliches Engros-Geschäft hatten sie bereits gewaltsam geöffnet und außerdem genutzten Stearinleste auf den Geschäftspulten von ihrer Tätigkeit. Der sofort herbeigerufene Geschäftsinhaber konnte feststellen, daß durch das Einschreiten des Wächters die Spigebuben, die inzwischen das Weite gesucht hatten, rechtzeitig vercheucht worden waren.

*** Wieder die kleine Lebenswandlerin.** Am 5. d. Mts. fand sich ein Mädchen in einem Geschäft am Marktviertel ein und machte angeblich im Auftrag seiner Mutter größere Bestellungen auf Lebensmittel, die mit quittierter Rechnung in die Wohnung gebracht werden sollten. Ehe das Mädchen ging, nahm es noch Waren im Werte von 60 Pfg. mit. Später stellte es sich heraus, daß der Auftrag fingiert war. Die Schwänderin hat schon wiederholt Geschäfte geschädigt. Sie ist etwa dreizehn Jahre alt und trägt einen langen grauen Mantel und eine blaue Tellermütze.

*** Ein Schwänder treibt dadurch sein Unwesen,** daß er sich als Kollektant des evangelischen Pflügervereins „Bethesda“ mit dem Bemerkung anzeigt, daß der eigentliche Kollektant des Vereins, ein 71 Jahre alter Mann, krank sei. Diese Angaben beruhen auf Unwahrheit; es ist dem Mann nur darum zu tun, sich Geld zu erschwindeln. Seine Wüchse ist unklar. Zur Legitimation bedient er sich eines alten gestempelten Buches. Der Betrüger steht in mittleren Jahren und ist von kleiner Figur.

*** Ein Stillschleichenverbrecher.** Am 30. v. M. Nachmittags lockte ein etwa 20 Jahre alter Burde ein 7 Jahre altes Mädchen in ein Haus auf der Neuen Laurentiusstraße und verführte dort an dem Kinde ein Stillschleichenverbrechen. Der Täter war mittelgroß und hatte Anflug von Schnurrbart.

*** David Geib.** Am 4. d. Mts., Nachmittags, hat ein Permannstraße 3 wohnender Proletenführer von einem unbekanntem Fahrgaste anstelle eines Einmarkstückes ein Zwanzigmarkstück in Zahlung erhalten.

*** Diebstähle.** Ein Handhändler, der von einem Wagen ein Käßel mit Schmalz gestohlen hatte, und ein Arbeiter, der in ein Bäckereifabrikant ein Käßel aus der Tasche gestohlen hatte, wurden verhaftet. — Gestohlen wurde von einem Holzwoagen No. 6. Mts. wurde in der Anstaltshalle des Freiburger Bahnhofs ein Bahnscheinautomat mittels Stimmleiste zerbrochen und die Kasse mit 16.80 Mark gestohlen. — Mit Beschlag belegt wurde eine silberne Uhr (Nr. 846,953).

*** Kollektische Melbungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 6. d. Mts. 28 Personen eingeliefert. — Gefangen wurden: ein Traxring, zwei Rahmen Patronen, ein Kasten Bergkorn. — Abhandeln lassen: ein Ring mit einem Türkis kleinen Brillanten, ein Stock mit silbernem Griff, eine silberne Nylinderröhre und ein Portemonnaie mit 120 Mark. — Eingekerkert ist Königstraße 1 eine Briefkast, gezeichnet W. Großmann 31.

*** Schwelbittig, 8. Februar.** Attentat auf ein Posten? Dienstag Abend gegen 7 Uhr 30 Minuten ist, nach „Schlesische Zeitung“, auf den Posten am Pulvermagazin in Bügendorf geschossen worden. Der Posten wurde nicht verletzt, welche gab unmittelbar darauf zwei Schüsse ab auf 2 Personen, welche von den Unbekannten vorliefen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die eine Person getroffen worden ist, denn der Posten hörte ein Schmerzenslaut.

— Ein faulherer Rentier. Wegen Unterschlagung von Verantrung von Mandelgeldern hatte sich vor der Strafkammer der Partikulier Gustav Dastler aus Demanitz. St. Schwelbittig, an verantwortl. Er verurteilt die Sparemengen in seinen drei Mandelländern in Höhe von je 40 Mk. Das Urteilstete auf 6 Wochen Gefängnis.

*** Breslau, 8. Februar.** Kinder auf dem Lande. Domnowitz geriet die neunjährige Pflügerochter der Witte Sternhale, als sie an einer landwirtschaftlichen Maschine (1) im mar, in dieselbe und fand dabei den Tod.

Als feinerzeit die Sozialdemokraten ein Kinderschutzgesetz die Kinder auf dem Lande forderten, nannten sich die Agrarier die Hände und Füßen dagegen. Leider mit Erfolg. Sonst wäre solch entsetzliches Unglück nicht möglich gewesen.

*** Neustadt O.S., 8. Februar.** Leichtfertige Behauptung. Vor dem Schöffengericht wurde gegen den Geschäftsführer der „Neustädter Zeitung“ verhandelt und derselbe zu einer Geldstrafe von 20 Mk. wegen Verleumdung verurteilt. Der Angeklagte — Schermitz mit Namen — hatte gegen einen seiner Glaubensgenossen — Kaffierer der Ortshauswirtschaft, Schahn — den Vorwurf erhoben, weshalb gegen denselben ein Unteruchungungsverfahren vor dem Landgericht in Neisse im Sommer v. J. eingeleitet worden war, dessen negatives Resultat zur Einstellung des Verfahrens führte. Begründet wurde der Einstellungsbefehl durch das Schernig von grimmem Haß gegen den Kaffierer, der er nicht erfüllt sei. Außerdem veruchte der haffende Schernig die Beweis der Wahrheit zu führen, was ihm aber glänzend misslungen war, weshalb ohne Bestrafung erfolgte. — In der Neustädter Zeitung steht davon noch kein Wort.

*** Kattowitz, 8. Februar.** Ein Attentat? Dynamitpatronen wurden, bürgerlichen Blättern zufolge, an der Wohnung des Obersteigers Harvolla von Mathildebarbe in Schwier toschowitz zur Explosion gebracht. Die Detonation war stark, daß die Kellerfenster herangerissen, der Haun umgeworfen und ein großes Stück Mauer vom Wohnhause losgerissen wurde. Demnach zu urteilen, muß mindestens ein Kilogramm Dynamit verwendet worden sein. Menschen sind bei der Explosion nicht verunglückt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Außer der bereits längere Zeit überreichten Strafe Schreiberhan-Grimbold sind seit Montag Abend die Strafen Grünthal-Lanne wald-Morgenstern-Josefthal und Wozdorf und die Strafen Ulrichsdorf-Steinshöfen infolge der großen Schnerverwehungen für den Verkehr bis auf weiteres gesperrt worden. — In der Nacht zum Dienstag ist auf dem Staatsbahnhofe Biegnitz der Hilfsheiler Uebelscher, als er gerade im Begriff war den Dienst zu verlassen, von dem um 12 Uhr von Biegnitz ein einfahrender Personenzug überfahren und getötet worden. — Eine harte Strafe verhängte das Schwurgericht Gletwitz gegen zwei Straßendiebe, die am 3. November v. J. einen 65 jährigen, wohllosen Mann im Walde überfielen und ihn nach schweren Mißhandlungen noch um seine letzte Borschaft beraubten. Es waren dies die Arbeiter Josef Buzel und Vincent Langosch. — Die Neuban des Verantrungsbüro „Großer Wintergarten“ in der Carthaus-Vorstadt in Biegnitz, der noch in der Ausführung begriffen ist, ist teilweise dem Einsturz nahe. Die Verwaltung des Postleichen Kohlenhofes hat sich gelent und zeigt große Miß: sie wird wahrscheinlich abgetragen werden müssen. — Der Arbeiter Karl Labigte und der Arbeiter Reinhold Fesner, welche vor einiger Zeit die Treibhüter Gegend durch Einbrüche unsicher gemacht und zahlreiche Diebstähle verübt hatten, sind jetzt durch den Verfall der Strafkammer zu zwölf, bzw. acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Arbeiterfrau Anna Puge erhielt wegen Diebstahls sechs Monate Gefängnis.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 8. Februar: Zimmerer-Verband. Mitglieder-Versammlung im großen Saal Abends 7 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Spartan“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 9. Februar: Tabakerer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr Vortrag vom Arbeiterselbstred. Zimmer 3 und 4. Arbeiter-Affizienten-Bund. Vortrag: Der Mensch und die Natur. Zimmer Nr. 5.

Sonnabend, den 11. Februar: Gesang-Verein „Spartan“. Maskenball im großen Saal. Zimmerer. Jeden Sonnabend Zablabend.

Sonntag, den 12. Februar: Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. Maskenball im großen Saal.

Dienstag, den 21. Februar: Kranken-Unterstützungsbund und Gerkasse der Breslauer Maurergesellen. Ordentliche Generalversammlung. Abends 8 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt III u. XI (Oberstadt): Bezirk 32. Sonnabend, den 11. Februar: Zablabend. Alle haben zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Bezirk 36. Sonntag, den 12. Februar: Abholung der Beiträge. Zimmer, Bezirksführer.

Bezirk 41. Mittwoch, den 9. Februar: Wahl von zwei Bezirksführern. Vollständiges Erscheinen ist notwendig. Abt., Bezirksführer.

Bezirk Notenthal. Sonntag, den 12. Februar, Vormittag 10 Uhr im belannten Lokal. Vollständiges Erscheinen wünsch. Der Bezirksführer.

Distrikt VI (Teil: Oberstadt): Donnerstag, den 9. Februar Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und deren Stellvertreter, wozu auch die Mitglieder eingeladen sind. Erziehung der Kassengehäfte. Nach nicht verrechnete Programme vom letzten Volkskongress sind mitzubringen. Zahlreichen Erscheinen steht entgegen. Der Distriktsführer.

Bezirk 51. Freitag, den 10. Februar: Zablabend. B. Deindle, Bezirksführer.

